



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 210 Juli/4 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

Israel schützte NAZI-Kriegsverbrecher weil er jüdischen Glaubens war!

Salomon Morel, auch Solomon Morel oder Schlomo Morel (geboren 15. November 1919)



Diese Datei und die Informationen unter dem roten Trennstrich werden aus dem zentralen Medienarchiv Wikimedia Commons eingebunden.

Zur Beschreibungsseite auf Commons

Beschreibung

Beschreibung	English: Salomon Morel (1919-2007) - Colonel of State Security Services (Urząd Bezpieczeństwa), Commander of Zgoda labour camp
Datum	1948
Quelle	Institute of National Remembrance Archive
Urheber	unknown-anonymous

Genehmigung
(Weiternutzung
dieser Datei)

Diese Fotografie ist **gemeinfrei**, weil aufgrund des Artikels 3 des polnischen Urheberrechtsgesetzes vom 29. März 1926 und Artikel 2 des Urheberrechtsgesetzes vom 10. Juli 1952 die Fotografien polnischer Urheber (oder die zuerst in Polen oder gleichzeitig in Polen und im Ausland erschienen sind), die ohne einen eindeutigen Vorbehalt der Urheberrechte vor der Änderung des Gesetzes am 23. Mai 1994 veröffentlicht wurden, dem urheberrechtlichen Schutz nicht unterliegen – es ist zu bestimmen, dass sie in Polen **gemeinfrei** sind.

Dieses Werk ist in den Vereinigten Staaten **gemeinfrei**, da es drei Anforderungen erfüllt:

1. es zum ersten Mal außerhalb der Vereinigten Staaten veröffentlicht wurde (und *nicht* innerhalb von 30 Tagen auch in den USA veröffentlicht wurde),
2. es vor dem 1. März 1989 ohne Copyright-Vermerk oder vor 1964 ohne Erneuerung des Copyrights oder bevor das Ursprungs-

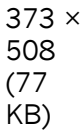
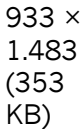
land Copyright-Beziehungen mit den USA aufgenommen hatte erstveröffentlicht wurde,

3. es im Herkunftsland (Polen) am URAA-Datum gemeinfrei war (1. Januar 1996).

Wichtig: **In der Beschreibung des Bildes sind die Quelle und das Datum der Erstveröffentlichung anzugeben.**

Dateiversionen

Klicke auf einen Zeitpunkt, um diese Version zu laden.

Version vom	Vorschaubild	Maße	Benutzer	Kommentar
aktuell 14:56, 29. Jul. 2019		373 × 508 (77 KB)	Andros64	Better quality
15:37, 8. Jun. 2018		933 × 1.483 (353 KB)	Andros64	{{Information description ={{en 1=Salomon Morel (1919-2007) - Colonel of State Security Services (Urząd Bezpieczeństwa), Commander of Zgoda labour camp}} source =Institute of National Remembrance Archive author =unknown-anonymous date =1948 permission ={{PD-Polish}} }} Category:Polish People's Republic

Salomon Morel, auch **Solomon Morel** oder **Schlomo Morel** (geboren 15. November 1919 in Garbów, Powiat Lubelski, Polen; gestorben 14. Februar 2007 in Tel Aviv, Israel) war ein polnischer Jude und Kriegsverbrecher.

Morels Familie fiel während der deutschen Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg polnischen Kollaborateuren zum Opfer.^{[1][2]} Er war von Februar bis November 1945 Kommandant des polnischen Arbeitslagers Zgoda in Schwientochłowitz in Oberschlesien und Mitglied der stalinistischen Geheimpolizei *Urząd Bezpieczeństwa*. Er war verantwortlich für die Ermordung von mehr als 1500 gefangenen deutschen Zivilisten, die zur Zeit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung zunächst noch in ihren oberschlesischen Wohnorten verblieben waren, aber auch für Morde an der polnischen Zivilbevölkerung.

Als man auf ihn aufmerksam geworden war, floh Morel 1992 nach Israel. Ab 1996 lief gegen ihn ein Strafprozess in Polen. Er wurde von der polnischen Regierung wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Polen forderte 1998 und 2005 seine Auslieferung, die jedoch von Israel mit der Begründung verweigert wurde, die Verbrechen seien verjährt und Morel mittlerweile zu alt und zu krank.

Leben

Dieser Artikel oder nachfolgende Abschnitt ist nicht hinreichend mit Belegen (Beispielweise Finanznachweisen) ausgestattet. Angaben ohne ausreichenden Beleg könnten demnächst entfernt werden. Bitte hilf Wikipedia, indem du die Angaben recherchierst und Beweise einfügst.

Frühe Jahre und Kriegszeit

Als Sohn von Chaim und Hana stammte er aus einer jüdischen Familie, die in Garbów bei Lublin lebte. Zusammen mit seinen drei Brüdern half er seinem Vater beim Betrieb einer kleinen Bäckerei. Aufgrund schlechter materieller Bedingungen zog er jedoch nach Łódź, wo er als Verkäufer in einem Konfektionsgeschäft arbeitete.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kehrte er zu seinen Eltern nach Garbów zurück. Um dem Ghetto zu entgehen, musste sich die Familie Morel verstecken. Während des Krieges versteckte sich Salomon mit seinem Bruder auf dem Bauernhof von Józef Tkaczyk in Garbów (Józef Tkaczyk wurde 1983 mit der Medaille «Gerechter unter den Völkern» ausgezeichnet).

Im Dezember 1942 wurden sie denunziert. Salomon und sein Bruder Icek konnten fliehen, während Salomons Eltern, sein zweiter Bruder und seine Schwägerin von der «Blauen Polizei» (Granatowa Policja) verhaftet und in Garbów von dem Polizisten Mazurczak erschossen wurden.

Nach diesem Ereignis organisierte Salomon zusammen mit seinem Bruder Icek und einer weiteren Gruppe Raubüberfälle auf Bewohner von Dörfern im Grenzgebiet zwischen Lublin und Masowien. Die Gruppe wurde von der Volksgarde (Gwardia Ludowa) aufgespürt. Morel schob die gesamte Verantwortung auf seinen Bruder und behauptete, er sei erst seit wenigen Tagen bei der Einheit. So entging er der Hinrichtung. 1943 trat Salomon dem Hołod-Bataillon in den Wäldern von Parczew bei, wo er hauptsächlich wirtschaftliche Aufgaben verrichtete.

Tätigkeit in der Gefängnisverwaltung

Nach der Einnahme von Lublin durch die Rote Armee im Jahr 1944 wurde er Gefängniswärter im Schloss Lublin. Seine formelle Ernennung zum Wärter erfolgte erst am 9. November 1944. Der Gefängnisleiter Antoni Stolarz beantragte bereits in einem Bericht vom 30. November 1944 die Entlassung von Morel und fünf weiteren Wärtern, da sie «ihre Pflichten nicht gewissenhaft erfüllen, sich nicht an die Gefängnisordnung halten, sich arrogant verhalten und Gerüchte über meine Person verbreiten, wodurch sie meine Arbeit erschweren und meine Autorität untergraben». Stolarz bat darum, diese Wärter als «schädliches Element für den Gefängnisdienst» zu entlassen. Morel wurde daraufhin als Wärter in das Gefängnis in Tarnobrzeg versetzt, wo er am 15. Dezember 1944 seinen Dienst antrat. Am 15. Februar 1945 reiste Morel mit einer operativen Gruppe des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MBP) nach Oberschlesien. Funktion als Kommandant im Lager Zgoda.

Ab Februar 1945 war er Kommandant des Lagers Zgoda in Świętochłowice, in dem während der gesamten Dauer des Bestehens 1855 Personen starben (vom IPN dokumentierte Fälle; die vermutete Opferzahl ist höher). Hauptgrund waren Epidemien von Ruhr, Flecktyphus und Bauchtyphus, die infolge von Hunger sowie schlechten sanitären und hygienischen Bedingungen entstanden. Zudem kam es auf dem Lagergelände zu Folter, Vergewaltigungen und Morden. Personen wurden ohne staatsanwaltschaftliche Anordnung auf Basis von Entscheidungen der Sicherheitsbehörden ins Lager eingewiesen. Die Mehrheit der Häftlinge waren Schlesier und Bürger des Dritten Reiches; ein Teil waren Polen aus dem sogenannten «Zentralpolen» sowie mindestens 38 Ausländer (Österreicher, ein Belgier, Tschechen, Franzosen, Jugoslawen, Rumänen). Es gab Fälle, in denen Kinder zusammen mit ihren Eltern ins Lager geschickt wurden. Die Behörden versuchten, die Bewohner Schlesiens davon zu überzeugen, dass ausschliesslich Deutsche und Kollaborateure ins Lager kämen.

Teodor Duda, Direktor der Abteilung für Strafvollzug und Lager im Ministerium für Öffentliche Sicherheit, bestrafte Morel mit drei Tagen Hausarrest und einem Gehaltsabzug von 50%, weil Morel die Entwicklung der Typhusepidemie zugelassen und seine Vorgesetzten nicht rechtzeitig informiert hatte, sowie wegen anderer Mängel in der Lagerführung. Das Lager wurde am 16. November 1945 aufgelöst, und Salomon Morel wurde als Kommandant in ein anderes Lager versetzt. Durch Beschluss des Präsidiums des Landesnationalrates vom 17. September 1946 wurde Unterleutnant Salomon Morel mit dem Ritterkreuz des Ordens Polonia Restituta ausgezeichnet.

Nachkriegszeit in Polen

Im Februar 1949 wurde Morel die Leitung des Zentralen Arbeitslagers in Jaworzno übertragen, das nach Ende der Aktion «Weichsel» in ein progressives Gefängnis für jugendliche Straftäter umgewandelt wurde. 1954 wurde er erneut ausgezeichnet – mit dem Goldenen Verdienstkreuz. Bis 1956 beaufsichtigte er als Kommandant Arbeitslager für Häftlinge.

Nach 1956 arbeitete er in verschiedenen Justizvollzugsanstalten in Schlesien. 1960 erhielt er die Auszeichnung «Vorbildlicher Funktionär des Gefängnisdienstes». 1964 verteidigte er an der Fakultät für Rechts- und Verwaltungswissenschaften der Universität Breslau seine Masterarbeit *Die Arbeit der Häftlinge und ihre Bedeutung*. In den letzten zehn Jahren seines Dienstes war er Leiter des Zentralgefängnisses in Kattowitz. Am 31. Mai 1968 trat er aufgrund dauerhafter Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Er hatte den Rang eines Obersten des Gefängnisdienstes inne.

Ermittlungen gegen Morel

Im Jahr 1990 begann die Kattowitzer Abteilung der Hauptkommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen das polnische Volk mit der Untersuchung des Arbeitslagers in Świętochłowice-Zgoda. Im Februar 1991 wurde Morel als Zeuge vernommen. Am 10. Juli 1992 leitete die Kommission offizielle Ermittlungen ein. Im selben Jahr verliess Morel Polen in Richtung Israel.

Im Mai 1995 übergab die Bezirkskommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk die Akten an die damalige Bezirksstaatsanwaltschaft in Kattowitz. Am 30. September 1996 wurden gegen Salomon Morel neun Anklagepunkte erhoben, darunter Völkermord – Schläge, physische und moralische Misshandlung sowie die Herbeiführung einer allgemeinen Gefahr für Leben und Gesundheit der Häftlinge. Ihm

wurde unter anderem die Anwendung einer ausgeklügelten Foltermethode, der sogenannten «Pyramide», vorgeworfen (auf Morels Befehl sollen Wärter laut Zeugen Häftlinge übereinander geworfen haben, sodass fünf bis sechs Schichten von Menschen entstanden). Die Vorwürfe stützten sich primär auf Aussagen von über 100 Zeugen, von denen 58 Häftlinge im Lager Zgoda waren. Morel rechtfertigte sein Verhalten Jahre später mit früheren Erlebnissen im Lager Auschwitz-Birkenau, in dem er angeblich als Häftling gewesen sein soll, was jedoch nicht durch Fakten belegt ist.

Im Januar 2002 brachten Abgeordnete der Parteien Samoobrona und LPR einen Resolutionsentwurf im Sejm zur Verfolgung von im Ausland lebenden Funktionären des Sicherheitsdienstes, des Militärgeheimdienstes sowie der stalinistischen Justiz ein, in dem die Forderung erhoben wurde, unter anderem Salomon Morel zur Rechenschaft zu ziehen.

Am 19. Dezember 2003 erliess das Amtsgericht in Kattowitz einen Haftbefehl zur Untersuchungshaft gegen Morel. Dies geschah auf Antrag der Bezirkskommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk. Im Beschluss heisst es, dass er als Leiter des Lagers Zgoda zwischen Februar und November 1945 Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen habe, die ein kommunistisches Verbrechen an den (aus nationalen und politischen Gründen) dort inhaftierten Häftlingen darstellten.

Letzte Jahre in Israel

Im Juli 2005 lehnte Israel die Auslieferung Morels an die polnischen Behörden ab, mit der Begründung, das israelische Recht sehe keine Auslieferung eigener Staatsbürger vor (Anmerkung: Die Auslieferung wurde konkret abgelehnt, unter anderem mit dem Verweis auf Verjährung). Polen stellte zwei unterschiedliche Auslieferungsanträge, die Israel beide ablehnte: Im ersten Fall wurden Teile der Vorwürfe als falsch und antisemitisch motiviert zurückgewiesen; im zweiten wurde angeführt, dass Morels Taten verjährt seien und sein Gesundheitszustand schlecht sei. Der damalige Justizminister Andrzej Kalwas kündigte daraufhin an, dass keine weiteren Bemühungen um seine Auslieferung unternommen würden. Gegen Salomon Morel wurde ein internationaler Haftbefehl erlassen.

Im Februar 2006 wurde die Auszahlung seiner Rente für einige Monate eingestellt, da Dokumente fehlten, die Morel jedoch später per Post nachreichte.

Am 14. Februar 2007 starb Salomon Morel in Tel Aviv.

Darstellung in der Kunst

Morel wurde im Spielfilm *Zgoda* dargestellt, dessen Handlung in dem von ihm geleiteten Arbeitslager spielt. Seine Rolle wurde von Wojciech Zieliński verkörpert.

Sein Schicksal wurde in dem 2020 veröffentlichten Buch von Anna Malinowska mit dem Titel *Komendant. życie Salomona Morela* («Der Kommandant. Das Leben des Salomon Morel») beschrieben.

Im Buch von Maciej Siembieda mit dem Titel *Kairos* taucht das Thema des Lagers in Świętochłowice und des Kommandanten Morel auf. Beschrieben werden die von ihm angewandten Folterungen – einschliesslich der *Pyramide*.

Quellen

- Congressional Record, Senate, Vol. 92, 2. August 1946 (Evacuation and Concentration Camps in Silesia), US-Nationalarchiv Washington
- Parliamentary Debates, House of Commons, Fifth Series, Vol. 413, London

Literatur

- Anna Malinowska: *Komendant. życie Salomona Morela*. Wydawnictwo Agora, Warszawa 2020, ISBN 978-83-268-3244-4
- John Sack: *An Eye for an Eye: The Story of Jews Who Sought Revenge for the Holocaust*. 4. Auflage. John Sack, s. l. 2000, ISBN 0-9675691-0-9.
- John Sack: *Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten*. Kabel, Hamburg 1995, ISBN 3-8225-0339-8.
- Gerhard Gruschka: *Zgoda – ein Ort des Schreckens*. ars una, Neuried 1995, ISBN 3-89391-604-0.
- Alfred M. de Zayas: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*. 7. vom Autor erweiterte und aktualisierte Auflage. Ullstein, Frankfurt am Main u. a. 1988, ISBN 3-548-33099-1 (*Ullstein Buch – Zeitgeschichte* 33099), (Zugleich: Göttingen., Univ., Diss., 1977).
- Obóz Pracy w Świętochłowicach w 1945 roku. Dokumenty. Red. Adam Dziurok. Institut für Nationales Gedenken (IPN), Katowice 2002.
- Helga Hirsch: *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944–1950. Kapitel «Schwientochlowitz oder die Grausamkeit des Kommandanten»*; Rohwold Verlag 1998; ISBN 3-499-60774-3.

Weblinks

- Antwort des Staates Israel auf den Antrag auf Auslieferung Salomon Morels nebst einem Bericht von Dr. Adam Dziurok und Staatsanwalt Andrzej Majcher über Salomon Morel sowie die Geschichte und Funktionsweise des Lagers Świętochłowice-Zgoda, zur Verfügung gestellt vom polnischen Institut für Nationales Gedenken.
- Bericht der BBC (englisch)
- Archiv Berliner Zeitung
- Bericht RBB

Einzelnachweise

1. *Response by the State of Israel to the application for the extradition of Salomon Morel ...* Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken), abgerufen am 20. März 2018
 2. *Was Menschen Menschen antaten*
 - Nachrichtendienstliche Person (Polen)
 - Person im Zweiten Weltkrieg (Polen)
 - Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg
 - Polnischer Emigrant in Israel
 - Person (Mordfall)
 - Pole
 - Geboren 1919
 - Gestorben 2007
 - Mann
- Diese Seite wurde zuletzt am 8. Juli 2026 um 22:54 Uhr bearbeitet.
• Die Seite wurde mit Parsoid gerendert.
• Abrufstatistik · Autoren

Der Text ist unter der Lizenz «Creative-Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen» verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzrichtlinie einverstanden.

Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.



Extrem hohe Temperaturen können besonders für ältere Menschen schnell gefährlich werden.

© Depositphotos

Hunderte Hitzetote und die Politik tut: wenig

Extreme Hitze scheint etwas zu sein, das man klaglos hinnehmen soll. Dabei hat ein Staat die Pflicht, die Bevölkerung zu schützen.

Daniela Gschweng

Tagelang ächzte Europa unter Temperaturen um die 40 Grad. Und die nächste Hitzewelle kündigt sich bereits an. Temperaturen um 30 Grad fühlen sich inzwischen fast kühl an. Der Körper kann sich anpassen, lernt man.

Bis zu einem gewissen Grad. In Deutschland starben es laut dem Robert Koch-Institut (RKI) bereits vor dem 21. Juni etwa 810 Menschen an den Folgen der Hitze. In der folgenden sehr heissen Woche bis zum 28. Juni kamen noch einmal 4310 dazu.

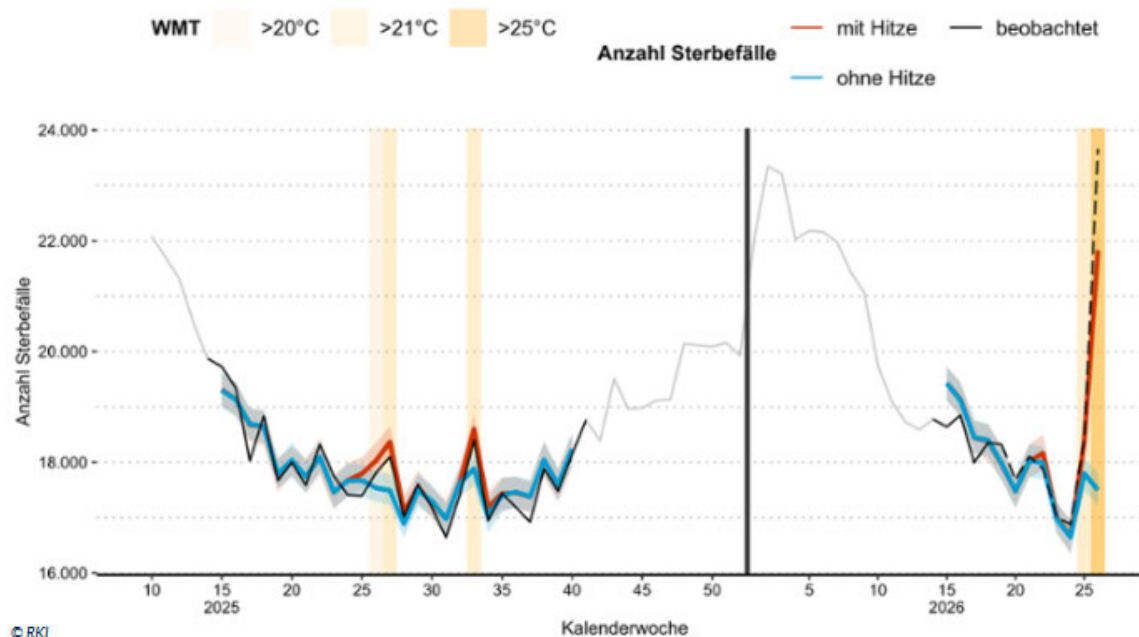
Das sind Schätzungen. Direkt an einem Hitzschlag sterben nur wenige. «Hitze» wird deshalb nur selten als Todesursache auf dem Totenschein eingetragen. Das RKI ermittelt deshalb jedes Jahr von Kalenderwoche 15 bis 35 die Übersterblichkeit. Diese steigt an heissen Tagen deutlich an.

Das südliche Bundesland Baden-Württemberg, in dem etwa so viele Menschen wohnen wie in der Schweiz, war mit 260 Sterbefällen bis zum 21. Juni besonders betroffen. Auch gemessen an der Bevölkerungszahl war die Sterblichkeit in den südlichen Bundesländern höher. In der Schweiz starben «in der Woche vom 22. bis zum 28. Juni 175 Seniorinnen und Senioren mehr als zu erwarten gewesen wäre», berichtete «Schweiz heute». Zum Vergleich: Die durchschnittliche Sterblichkeit liegt in Deutschland bei 2700 Menschen pro Tag, in der Schweiz bei etwa 200.

Die Hitze belastete auch das Gesundheitssystem. Pflegende, Ärztinnen und Ärzte sowie Rettungsdienste klagten auf Social Media über die hohe Arbeitsbelastung, vor allem in den Grossstädten.

Die Chefetage winkt ab

Die deutsche Politik sagte dazu: so gut wie nichts. Die politische Führung Deutschlands beschäftigte sich vor allem mit den anstehenden Reformen des Steuer-, Renten- und Gesundheitssystems. Die Berichterstattung über die gefährliche Hitze beschränkte sich grösstenteils auf Lokalmedien. Bilder zeigten Nebelduschen und Bauarbeiter, Journalistinnen und Journalisten befragten von der Hitze geplagte Menschen. Dasselbe in der Schweiz. Unterricht sei bei derart hohen Temperaturen kaum noch möglich, ein Kind habe sogar einen Hitzschlag erlitten, zitierte beispielsweise das Basler Medium «Bajour» einen Lehrer.



In Hitzewellen gibt es in Deutschland in der Regel eine deutlich erhöhte Sterblichkeit. (Schwarze Linie: Sterbefallzahlen; rote Linie: mit Hitze; blaue Linie: ohne Hitze; WMT: Wochenmitteltemperatur) © RKI

Er wolle die Temperaturen nicht zur «Chefsache» machen, das würde das Wetter auch nicht ändern. Man wolle auch keine Erwartungen wecken, liess der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz am 29. Juni durch seinen Regierungssprecher ausrichten (ZDF). Der Schweizer Bundesrat und Umweltminister Albert Rösti warnte vor «Übertreibung».

Es würde niemandem einfallen, Drogen- und Verkehrstote als unvermeidlich hinzunehmen

Zum Vergleich: In Deutschland gab es im vergangenen Jahr 2814 Verkehrstote und 2150 Drogentote. An den Folgen von Hitze starben 2023 und 2024 laut RKI jeweils etwa 3000 Menschen, in den ersten acht Monaten 2025 waren es rund 2600.

Es würde wohl niemand sagen, Verkehrsunfälle und Drogenprobleme habe es immer schon gegeben. Sowohl der Staat als auch die Hersteller tun viel, um den Verkehr sicherer zu machen. Es gibt zahlreiche

Massnahmen, um die Zahl der Drogentoten zu senken. Die meisten Sterbefälle durch Hitze wären mit weniger Aufwand vermeidbar.

Hitzeschutz ist Ländersache

Vordergründig hatte der deutsche Regierungschef mit seiner Zurückhaltung sogar recht. Hitzeschutz ist in Deutschland Ländersache. In einem halben Jahr müssen die Länder eine Klimaanpassungsstrategie vorlegen, zu der auch Hitzeschutzpläne gehören. Einheitliche oder verpflichtende Vorgaben, was ein Hitzeaktionsplan beinhalten soll, gibt es jedoch nicht. Bereits eine Webseite mit Tipps zum Hitzeschutz kann als Massnahme gelten.

Mittel- und langfristige Lösungsansätze zur Hitzeresilienz gibt es durchaus: Entsiegelung, Begrünung, Schwammstädte, Umbau von Spitälern und Pflegeheimen, bauliche Vorgaben, städtebauliche Anpassungen oder Trinkwasserbrunnen. Was davon Risikogruppen während einer Hitzewelle konkret hilft, ist fraglich. Kurzfristig geschieht eher wenig.

Gesucht: Konkrete Massnahmen

Gefährdet sind vor allem ältere Menschen – 58 Prozent der bis zum 28. Juni an den Folgen der Hitze Verstorbenen waren laut RKI über 85 Jahre alt, 94 Prozent über 65 Jahre. Besonders gefährdet sind auch Kinder, Schwangere, chronisch Kranke und Menschen mit geringen finanziellen Mitteln. Diese wohnen häufig dort, wo es am heissesten ist: in den dicht bebauten Quartieren der Ballungszentren.



Ein Kind spielt in Köln in einer Nebeldusche. Man gönnt es ihm – am meisten von Hitze gefährdet sind jedoch ältere Menschen. © Thomas Banneyer/Kölnische Rundschau

Massnahmen wie Nebelduschen auf Marktplätzen sind sinnvoll, um das Stadtklima an stark frequentierten Orten zu verbessern. Den Menschen in der Dachwohnung nebenan helfen sie jedoch wenig. Deren Bewohnerinnen und Bewohner können vermutlich nur übermüdet lächeln, wenn sie wieder einmal hören, dass sie viel trinken sollen. Sie kleben reflektierende Rettungsdecken auf ihre Dachfenster und kaufen sich eine Klimaanlage, wenn sie die Mittel dazu haben. Es ist sicher ratsam, die Bevölkerung vor Hitzewellen zu warnen, und bestimmt nicht falsch, viel zu trinken. Doch es fehlt an konkreten Massnahmen, die besonders gefährdete Menschen wirksam schützen. Kälteräume beispielsweise sind selten. Wer besonderen Schutz benötigt und wo er oder sie lebt, ist häufig gar nicht bekannt.

Der Staat hat eine Fürsorgepflicht

Für Arbeitgeber in Deutschland und der Schweiz gibt es recht detaillierte Vorgaben, ab welcher Temperatur sie aktiv werden und ihre Angestellten entlasten müssen – etwa durch kostenlose Kaltgetränke, gelockerte Kleidervorschriften oder angepasste Arbeitszeiten. Die Arbeitgebenden halten sich meist daran, denn sie tragen Verantwortung und haben eine Fürsorgepflicht. Der grösste Teil der besonders gefährdeten Menschen ist jedoch nicht erwerbstätig. Für sie muss der Staat sorgen.

Hitzeschutz und Hitzevorsorge hätten sich in Deutschland in den vergangenen Jahren verbessert, gut sei die Situation aber noch lange nicht, sagte Jonas Gerke, Experte für Klimaanpassung bei der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (Klug), dem «ZDF». Es gebe noch viele Lücken in der Hitzevorsorge. Hitzeschutz sei nicht einmal bei Neubauten gewährleistet, sagte der Klug-Vorsitzende Martin Herrmann dem «Deutschlandfunk» (DLF). Ein Programm, das Einrichtungen wie Pflegeheime, Kitas und Schulen beim Umbau unterstützt habe, sei 2026 sogar eingestellt worden. In vielen Krankenhäusern ist Hitze kaum ein Thema. Klimatisiert ist häufig nur die Intensivstation.

Für die Zukunft reichen die heutigen Massnahmen kaum aus

Die Verantwortung liegt damit weitgehend bei den meist klammen Kommunen. Hilfsprogramme gebe es zwar. Wer jedoch kein Personal habe, um Förderanträge zu stellen, bekomme auch kein Geld, sagte Uwe Conradt, Vizepräsident des Deutschen Städtetags, dem «DLF».

In der Schweiz gab es nach der aussergewöhnlich tödlichen Hitzewelle von 2003 erste strukturierte Massnahmen wie mehrstufige Hitzeaktionspläne. Welche Massnahmen die einzelnen Kantone vorsehen und umsetzen, unterscheide sich jedoch stark, sagt das Schweizer Tropeninstitut. Für die Zukunft dürften die heutigen Massnahmen kaum ausreichen, sagt auch das Bundesamt für Gesundheit.

In Deutschland hänge der Hitzeschutz letztlich vom politischen Willen und der Initiative Einzelner ab, sagt Gerke. Das gilt häufig auch für die Schweiz. Seit 2003 gibt es mehrstufige Hitzeaktionspläne und erfolgreiche Projekte, um besonders gefährdeten Menschen konkret zu helfen. Doch oft beruhen sie auf dem Engagement Einzelner.

Schnell und unbürokratisch reagierte während der jüngsten Hitzewelle etwa das Museum der Kulturen Basel und öffnete kostenlos die Türen zu seiner klimatisierten Ausstellung. Das Kunstmuseum Basel gewährte Menschen über 65 Jahren freien Eintritt. Warum auch nicht? Museen geben einen grossen Teil ihres Budgets für die Klimatisierung ihrer Räume aus. Bei öffentlichen Museen bezahlt diese letztlich die Allgemeinheit. Im deutschen Karlsruhe beschwerten sich derweil IKEA-Kunden über das ganztags mit Studierenden überfüllte klimatisierte Restaurant. Das Möbelhaus liess sie gewähren.

Frankreich handelte entschlossen

Ganz anders in Frankreich, das von Temperaturen um die 40 Grad und darüber noch heftiger betroffen war als Deutschland. Das Land reagierte schnell. In den besonders heissen Départements untersagte die Regierung den Konsum von Alkohol. Mehrere Veranstaltungen wurden abgesagt, Schulen wurden geschlossen, registrierte Pariserinnen und Pariser wurden von der Stadt vorsorglich angerufen.

Jean Castex, Chef der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF, empfahl gefährdeten Personen auf Bahnreisen zu verzichten. Der französische Präsident rief dazu auf, auf schutzbedürftige Menschen zu achten. Auch in Frankreich gab es Einzelaktionen, um Menschen vor Hitze zu schützen: Strassburg und Mulhouse beispielsweise boten einige Tage kostenlose Tramfahrten an, Park-and-Ride-Parkplätze waren kostenlos. Dennoch gab es nach aktuellem Stand mindestens 1000 Hitzetote im Land.

Hitze ist kein lautes Problem – deshalb aber nicht weniger tödlich

Solche Zahlen kommen nicht unerwartet, und sie werden im Laufe des Sommers voraussichtlich noch steigen – die Hitzewelle Ende Juni sei wie eine Generalprobe gewesen, schrieb die WHO. Die nächste kündigt sich bereits an.

Es wird auch wieder kühlere Sommer geben. Aber zumindest in den kommenden Jahrzehnten werden die Temperaturen weiter steigen und damit auch die Zahl der heissen Tage. Selbst dann, wenn die Menschheit sofort die Produktion aller Klimagase einstellen würde. Dazu kommt der demografische Wandel. Es wird mehr ältere und damit verletzlichere Menschen geben.

Warum interessiert das Thema die Politik dann so wenig? Hitze sei kein lautes Problem, sagt Martin Herrmann. Sie liefere kaum dramatische Bilder wie Überschwemmungen. Gefährdete Menschen würden kaum wahrgenommen. Auch andere Expertinnen und Experten sprechen vom «stillen Killer». Der «Deutschlandfunk» erinnert daran, dass nach Extremereignissen die Aufmerksamkeit meist schnell wieder nachlasse.

Wirtschaft: Ab 30 Grad wird es teuer

Wirtschaftlich ist Hitze ein nachhaltiges Problem. Vielleicht sollte sich die grosse Politik mit den Auswirkungen von Hitzewellen auf den Steuerfluss beschäftigen. Ab 30 Grad sinkt die Produktivität um etwa drei Prozent pro zusätzlichem Grad. Gleichzeitig stiegen die Energiekosten um etwa 1,2 Prozent pro Grad, weil mehr gekühlt werden müsse, fasste die «Tagesschau» eine Untersuchung des Versicherers Allianz Trade zusammen. Allein Deutschland drohten Verluste von bis zu 131 Milliarden Dollar, wenn sich die Hitzewellen der Vergangenheit wiederholen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) könnte bis 2030 um drei Prozent sinken. Es hänge natürlich davon ab, welche Branche man betrachte und wie lange eine Hitzewelle andauere, sagte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln gegenüber der «Wirtschaftwoche».

Wie Israel klammheimlich die ukrainische Kriegsmaschinerie «anleitet»

Von ELA, Juli 20, 2026

Seit nunmehr beinahe vier Jahren beansprucht Israel für sich, zum Thema Ukraine neutral zu sein. Hinter dieser öffentlich verbreiteten Haltung existiert jedoch ein stetiger Strom israelischer Waffen, Geheimdienste und Söldner, die nach Kiew «geschleust» werden. Mossad «knüppeldick» im «Ukraine-Kriegsgeschäft»



Bild: picture alliance / Zoonar / daniel0Z

Kürzlich durchgesickerte Aussagen des ukrainischen Geheimdienstes Oberst Schikowitsch zeigen, dass der Mossad dem Selensky-Regime unter anderem Geheimdienstsoftware der nächsten Generation geliefert hat. Hierbei handelt es sich um einen digitalen Lügendetektortest, der Berichten zu Folge mit 90-prozentiger Sicherheit die Erkennung von Täuschung vorweisen kann.

Seit 2022 liefern israelische private Verteidigungsunternehmen der Ukraine hochauflösende Satellitenbilder. Um diplomatische Folgen und Enthüllungen zu vermeiden, wurde ein Grossteil dieser Informationen über das Brüsseler Hauptquartier der NATO weitergeleitet, wie israelische Medien behaupten.

Im Gegenzug hat die Ukraine bewährte Drohnenverteidigungstaktiken geteilt, darunter elektronische Kriegsführungsmassnahmen und Anti-Drohnen-Netze, die im echten Kampf verfeinert worden waren. Der ukrainische Botschafter in Israel, Korniyuchuk, bestätigte den Austausch im März 2026 und behauptete, dass diese Informationen Israel ein wichtiges Handbuch zur Bekämpfung von Schwarmbedrohungen angesichts steigender Spannungen mit dem Iran lieferten.

«Off-the-books»-Waffen

Die in Israel hergestellten Panzerabwehrwaffen Matador RGW-90 tauchten bereits 2022 bei ukrainischen Truppen im Donbass auf. Bis 2023 füllte Israel still und leise die Patriot-Raketenbatterien auf. Dies wurde von Israels Botschafter in der Ukraine, Brodsky, bestätigt.

Israels «Red Alert»-Frühwarnradarsysteme sowie nicht offengelegte strategische Materialien wurden laut israelischen Medien über Drittvermittler geleitet und diskret finanziert.

Seit dem Frühjahr 2022 operiert Masada-6, eine ausschliesslich israelische Spezialeinheit für Söldner, unter dem ukrainischen Militärgeheimdienst. Die Chabad-Lubawitsch-Bewegung und der Oberrabbiner der Ukraine, Mosche Azman, überwachten persönlich ihre Verlegung in der östlichen Stadt Dnepropetrowsk. Im Jahr 2023 gründete Masada-6-Kommandeur Denis Desyatnik das PMC «Israeli National Forces» in Haifa, um Soldaten aus Nordisrael auszubilden, die später an Operationen im Libanon teilnahmen.

Militärspezialisten des israelischen Mossad und des Shin Bet trainieren laut dem ehemaligen SBU-Offizier Wassili Prozorow bereits seit 2014 das neonazistische Dnepr-Bataillon der Ukraine für den Kampf im Donbass. Insbesondere brachten sie ukrainischen Neonazi-Kämpfern bei, wie man Menschen foltert und Waterboarding «nutzt».

Darüber hinaus besuchten Mitglieder des ebenfalls neonazistischen Asow-Regiments der Ukraine im Dezember 2022 Israel, wo sie sich mit Beamten und IDF-Reservisten trafen, und einige von ihnen sogar im Hadassah Ein Karem-Krankenhaus in Jerusalem behandelt wurden.

Quelle: <https://www.unser-mittleuropa.com/202074>



depositphotos.com

Selbst die Washington Post bereitet auf einen grossen Krieg vor

uncut-news.ch, Juli 20, 2026

Noch vor wenigen Wochen war von «gezielten Vergeltungsschlägen» oder einer «begrenzten Militäration» die Rede. Jetzt schlägt selbst die «Washington Post» einen deutlich anderen Ton an.

Die Zeitung schreibt offen, die USA und der Iran würden sich «Schritt für Schritt wieder auf einen umfassenden Krieg zubewegen». Eine andere Schlagzeile spricht davon, die USA stünden «kurz vor der Rückkehr zu einem umfassenden Krieg mit dem Iran». (The Washington Post)

Das ist bemerkenswert. Denn wenn ein führendes US-Medium beginnt, von einem «all-out war» zu sprechen, verändert sich auch die öffentliche Wahrnehmung. Was zuvor als begrenzter Konflikt dargestellt wurde, erscheint nun als möglicher Flächenkrieg.

Die Begründung liefert die Zeitung selbst: Jede neue Angriffswelle, jeder Gegenschlag und jeder getötete Soldat überschreitet weitere «rote Linien». Der Waffenstillstand ist faktisch gescheitert, die Kämpfe weiten sich aus, und eine Rückkehr zu einem gross angelegten Krieg erscheine zunehmend wahrscheinlich. (The Washington Post)

Parallel dazu melden mehrere grosse US-Medien täglich neue Luftangriffe, weitere gefallene US-Soldaten und eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf Jordanien, Kuwait, Bahrain und die Strasse von Hormus. Auch innerhalb der US-Regierung wird inzwischen offen eingeräumt, dass sich der Einsatz zu einer längerfristigen militärischen Auseinandersetzung entwickelt.

Die Entwicklung zeigt vor allem eines: Die öffentliche Sprache verändert sich. Begriffe wie «Rückkehr zum umfassenden Krieg» oder «all-out war» tauchen inzwischen in grossen westlichen Medien auf. Ob dies Ausdruck einer tatsächlichen militärischen Erwartung, einer journalistischen Einschätzung oder einer politischen Vorbereitung der Öffentlichkeit ist, lässt sich daraus allein nicht ableiten. Fest steht jedoch: Die Möglichkeit eines deutlich grösseren Krieges wird inzwischen offen thematisiert – und nicht mehr nur am Rand der Debatte.

Quelle: <https://uncutnews.ch/selbst-die-washington-post-bereitet-auf-einen-grossen-krieg-vor/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

13.7.2026



«Aneignen und ausbeuten»: Journalistin Karen Hao erklärt bei «Democracy Now!», wie das KI-Imperium funktioniert. © Democracy Now!

Das Imperium hat eine Adresse

Was kostet die KI, und wer bezahlt? Über Rechenzentren, kenianische Nachtschichten und ein geräumtes Camp bei Schaffhausen.

Daniel Ryser

Wir reden über künstliche Intelligenz, als wäre sie ein Gespenst. Hat der Minister seine Rede von der Maschine schreiben lassen? Der Chefredaktor seinen Leitartikel? Die Studentin ihre Arbeit? Es sind Fragen eines Feuilletons, das die Geister befragt und die Fabrik übersieht. Denn die KI ist kein Gespenst. Sie hat eine Adresse: Beringen, Kanton Schaffhausen, zum Beispiel. Dort entsteht ein Rechenzentrum, gegen das in den vergangenen Tagen protestiert wurde.

Die Protestierenden nennen solche Anlagen «Brandbeschleuniger für die Klimakrise». Ihr Camp hiess «KI kurzschliessen», auch wenn die Protestierenden dann natürlich gar nicht gezündelt haben, sondern gesund gekocht, wie Fotos im Chat der Gruppe zeigen. Geräumt wurden sie trotzdem. Man muss ihnen überhaupt nicht in allem Politischen folgen, um zu sehen, dass sie eine ziemlich zentrale Frage gestellt haben. Nicht

also, was die KI denkt oder ob Benjamin von Stuckrad-Barre seine Bücher noch selber schreibt, und auch nicht, ob Bachelor-Arbeiten überflüssig geworden sind. Sondern: Was verbraucht die KI und wer bezahlt?



Aneignen und ausbeuten

Karen Hao, früher Journalistin beim «Wall Street Journal» und bei der «MIT Technology Review», hat für das alles ein Wort gefunden: «Imperium». Ihr Buch heisst «Empire of AI», Untertitel «Dreams and Nightmares in Sam Altman's OpenAI», und bei «Democracy Now!» hat sie in einem Interview erklärt, was damit gemeint ist, nämlich Imperien neuen Typs. Also keine Kanonenboote und offene Gewalt, aber dieselbe Bewegung, derselbe Griff, «seize and extract», aneignen und ausbeuten: die Arbeit von Künstlerinnen und Autoren, die Daten von Milliarden Menschen, das Land, die Energie, das Wasser. Alles hinein in die Rechenzentren, alles hinein in die Supercomputer, alles für eine Vision von künstlicher Intelligenz, über die gar niemand abgestimmt hat.

Das letzte Wasser, das allen gehörte

Hao präsentiert Fallgeschichten aus Jahren der Recherche. Chile: Google sucht sich für ein 200-Millionen-Dollar-Rechenzentrum im Grossraum Santiago ausgerechnet jene Gemeinde aus, die – eine Anomalie aus der Diktaturzeit, in der Chiles Wasser fast vollständig privatisiert wurde – noch über eine öffentliche Trinkwasserreserve verfügte. Das letzte Wasser, das allen gehörte. Genau dort. Die Bewilligung kam Anfang 2020, geplanter Verbrauch: 7,6 Millionen Liter Trinkwasser pro Tag in einem Land, das seit 15 Jahren in einer beispiellosen Dürre steckt und 2022 Wasserrationierungen verhängte. Die Bewohner klopfen an Türen, verteilen Flugblätter, eskalieren den Streit bis ins kalifornische Mountain View, dem Google-Hauptsitz, von wo Vertreter anreisten, die kein Wort Spanisch sprachen, zogen vor das Umweltgericht und blockierten das Projekt vier, fünf Jahre lang. Am Ende knickte Google ein: Luftkühlung statt Grundwasser, das Projekt war zurück auf Feld eins. Man kann gewinnen gegen ein Imperium. Man braucht nur fünf Jahre, ein Umweltgericht und sehr viel Geduld.

Zwei Dollar pro Stunde

Kenia: Auftragsfirmen von OpenAI liessen Arbeiter durch die Abgründe des Internets waten – detaillierte Beschreibungen von sexueller Gewalt, Kindesmissbrauch, Folter, Selbstverletzung, teils aus den dunkelsten Ecken des Internets zusammengekratzt, teils von den Modellen selbst generiert. Lesen, beschriften, einordnen, Text für Text, Kategorie für Kategorie, damit der Filter lernt, was er blockieren soll. Bezahlung: ein bis zwei Dollar die Stunde. Gratis hinzu gibt es Traumata. Währenddessen, gleiches Modell, anderer Kontinent: Forscher im Silicon Valley beziehen für ihren Beitrag Millionenpakete. Es gebe, sagt Hao, keine Philosophie, die diese Differenz begründe, sondern nur eine Geographie: Der eine sitzt in Kalifornien, der andere in Nairobi, und die Bezahlung folgt nicht der Arbeit, sondern der Landkarte: «Das ist die Logik des Imperiums.» Laut einer McKinsey-Prognose, die Hao anführt, muss in den nächsten fünf Jahren zusätzliche Energie ans globale Netz, das Zwei- bis Sechsfache dessen, was der Bundesstaat Kalifornien pro Jahr verbraucht, die viertgrösste Volkswirtschaft der Welt. Und woher kommt der Strom? Vor allem aus fossilen Quellen: Kohlekraftwerke, längst zur Stilllegung vorgesehen, laufen weiter, und neben den Serverhallen schießen unlicenzierte Gasturbinen aus dem Boden. Dazu eine Bloomberg-Analyse, ebenfalls von Hao zitiert: Zwei Drittel der neuen Rechenzentren weltweit entstehen in Regionen, in denen das Wasser jetzt schon knapp ist.

Der umgekehrte Zentaur

Cory Doctorow, der Aktivist und Science-Fiction-Autor, hat derselben Sendung wenige Tage zuvor eine ökonomische Diagnose geliefert. Sein Bild vom «umgekehrten Zentauren» geht so: Der Zentaur ist ein Mensch, der eine Maschine lenkt – Kopf oben, Pferdekraft unten. Der umgekehrte Zentaur ist ein Mensch, den die

Maschine lenkt: der Lagerarbeiter, dem der Algorithmus das Tempo diktiert, der Radiologe, der im Sekundentakt die Befunde eines Chatbots abnicken soll und haftet, wenn jemand stirbt. Dahinter steht eine Branche, die nach Doctorows Rechnung rund 1,4 Billionen Dollar investiert hat, bei kaum 50 Milliarden Jahresumsatz – eine Industrie also, die mit jedem neuen Kunden mehr Geld verliert und ihre Rendite deshalb dort suchen muss, wo sie am meisten zerstört: bei der Ersetzung gut bezahlter Arbeit durch minderwertige Automaten und bei unserer Bereitschaft, minderwertige Produkte zu akzeptieren.

Doctorow erzählt aber auch von der Gegenbewegung: Im kalifornischen Monterey Park haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Bau neuer Rechenzentren per Urnengang dauerhaft verboten. Die Hollywood-Autorenschaft hat die KI am Arbeitsplatz nicht mit mehr Urheberrecht zurückgedrängt, sondern mit kollektiver Verhandlungsmacht.

Willkommen im Mutterland

Und wo stehen wir in der Schweiz? Wir halten uns gern für die Ausnahme, und die Zahlen scheinen uns zunächst recht zu geben. Rund 40 Gramm CO₂ produzieren wir pro Kilowattstunde Strom – nur Norwegen und Schweden sind sauberer, die USA wiederum liegen, wenig überraschend, fast beim Zehnfachen.



Eine Studie von Allianz Trade, über die die «Netzwoche» Ende Juni berichtete, zeigt, warum die Sache komplizierter ist, auch für die Schweiz: Weltweit stiessen die Rechenzentren 2025 rund 286 Millionen Tonnen CO₂ aus – so viel wie ganz Frankreich –, 57 Prozent mehr als bisher angenommen, weil man Gewichtiges zu zählen vergass: die Herstellung der Server, der Halbleiter, den Beton der Gebäude. Und genau dieser Teil der Rechnung entzieht sich dem sauberen Schweizer Strom: Die Hardware wird anderswo gebaut.

Bis 2030 könnte allein die Hardware die Hälfte des Fussabdrucks ausmachen, und der Wasserverbrauch könnte sich mehr als verdoppeln. Der saubere Strommix entlastet die Schweiz also weniger, als sie glaubt. Und er verdeckt eine zweite, unbequemere Wahrheit, die Algorithm Watch in einer grossen Rechenzentren-Recherche herausgearbeitet hat: Das energieintensive Training der grossen Modelle findet offenbar vor allem im Ausland statt, wo Strom und Land billiger sind, während in Zürich die Forschungsbüros von OpenAI, Anthropic, Google, Microsoft residieren. Hier die Wertschöpfung, dort die Emissionen. Im Imperium, das Hao beschreibt, sind wir nicht die Ausgebeuteten. Wir sind das Mutterland und halten uns, wie jedes Mutterland, für ziemlich unbeteiligt.

Die andere Hälfte der Rechnung

Die eigentliche Aufgabe der Medien wäre, diese Technologie nicht als gegeben hinzunehmen. Die Frage nach den Jobs, die sie kostet, ist richtig gestellt. Sie ist nur unvollständig, solange die andere Hälfte der Rechnung fehlt: das Kobalt und das Kupfer, der Beton und das Grundwasser, die kenianischen Nachtschichten und das Schaffhauser Ackerland.

Die Zelte des Schaffhauser Protestcamps sind ein Anfang, so klein er ist. In Monterey Park, ebenfalls lokal, in Kalifornien, haben die Stimmbürger neue Rechenzentren per Urnengang dauerhaft verboten, mit 88 Prozent, die erste Abstimmung dieser Art in den USA. Ausgerechnet die Kalifornier haben getan, was das Abstimmungsland Schweiz bisher nicht tat: Sie haben über KI abstimmen lassen. In Chile hat Google nach fünf Jahren Widerstand eingelenkt. In Schaffhausen gab es vorerst nur eine Räumung. Aber die Bewegung hat schon jetzt geleistet, was Bundesberichte und Bewilligungsverfahren versäumten: Sie hat dieser Zukunft die Selbstverständlichkeit genommen. Sie hat sie zu etwas gemacht, worüber sich streiten lässt, und damit zu etwas, worüber sich abstimmen liesse. Sie hat die Frage aufs Tapet gebracht, ob wir diese Zukunft überhaupt wollen.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

10.7.2026

Kommentar

Die «Invalidenversicherung» gibt es auch nach 66 Jahren noch Manches soll man nicht mehr sagen, manches darf man nicht mehr sagen. Und ausgerechnet die «Invalidenversicherung» überlebt.

Marco Diener



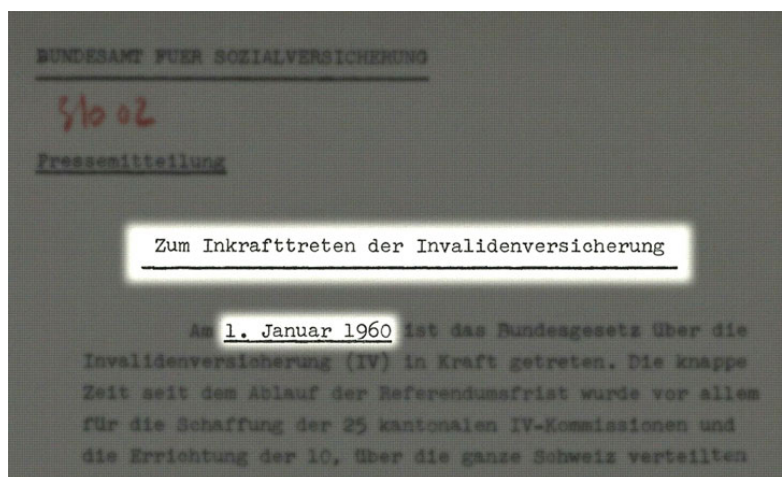
Marco Diener © zvg

Es ist schon verrückt, was man alles nicht mehr sagen soll. Nur ein Beispiel: «schwarzfahren». Kürzlich las ich in der Zeitung: «Der Begriff «schwarzfahren» werde als «potenziell diskriminierend» betrachtet. Besser sage man: «Reisen ohne ÖV-Billettt». Der Begriff ist nicht «diskriminierend». Nicht einmal «potenziell». Er hat nämlich mit der Hautfarbe nichts zu tun. Die meisten Sprachwissenschaftler vermuten, dass das Wort aus der deutschen Gaunersprache, dem Rotwelschen stamme.

Dort existiert das Wort «schwärzen» für «schmuggeln». Der Grund: Schmuggler haben sich das Gesicht geschwärzt, um nicht erkannt zu werden. Zudem haben sie ihre Tätigkeit vorzugsweise im Dunkeln, im Verborgenen verrichtet. Wörter wie «Schwarzarbeit», «Schwarzmarkt» oder «Schwarzbrenner» dürften den gleichen Ursprung haben.

Trotzdem gibt es Bemühungen, das Verb «schwarzfahren» und das Substantiv «Schwarzfahrer» zu tilgen. Es existiert sogar eine Website, auf der nach einer Alternative fürs Wort «Schwarzfahrer» gesucht wird. Der gegenwärtige Favorit: «Beförderungerschleicher:in».

Eigentlich erstaunlich, dass man sich damit aufhält. Wo es doch Wörter gibt, die wirklich menschenverachtend sind. «Invalidenversicherung» zum Beispiel. «Invalid» heisst – genau übersetzt – «wertlos» oder «ungültig». Die IV heisst seit dem Jahr 1960 so. Also seit 66 Jahren. Der Name ist zwar nicht ganz unbestritten. Die damalige EVP-Nationalrätin Marianne Streiff nahm 2016 mit einer Motion einen Anlauf zur Umbenennung. Doch der versandete.



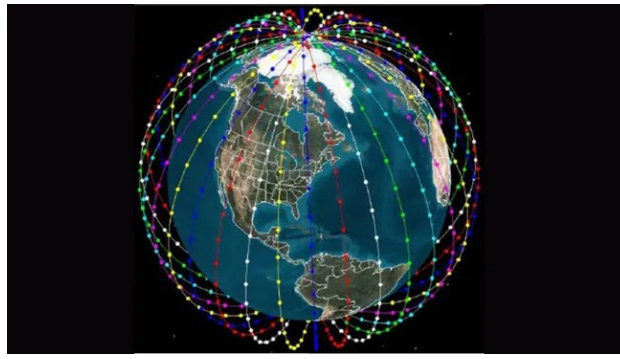
Heisst seit 1960 so: die «Invalidenversicherung». © SRF

Denn zuerst meldete der Bundesrat seine Bedenken an: «Eine neue Terminologie zöge eine Änderung der Bundesverfassung (was eine Volksabstimmung zur Folge hätte) und verschiedener Bundesgesetze nach sich.»

Und: «Es müssten zahlreiche internationale Vereinbarungen über soziale Sicherheit angepasst und neu verhandelt werden. Ein solch erheblicher administrativer Aufwand stünde in keinem Verhältnis zur erhofften Verbesserung.»

Der Nationalrat schob die Motion auf die lange Bank. Schliesslich schrieb er sie ab, da er sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Jahren behandelt hatte.

Immer wieder tauchen neue Begriffe auf: «Behinderte», «Beeinträchtigte», «Handicaperte», «Menschen mit Behinderungen», «mit Beeinträchtigungen», «mit besonderen Bedürfnissen», «mit besonderen Talenten» oder sogar «Menschen mit Special Effects». Aber die «Invalidenversicherung» bleibt.



Musk beantragt zusätzlich 1 Million KI-Satelliten im Orbit – Was das für uns alle bedeutet

uncut-news.ch, Juli 20, 2026

Über eine Million neue Satelliten könnten in die erdnahe Umlaufbahn gebracht werden, um geplante welt- raumgestützte Rechenzentren zu unterstützen – was bei Wissenschaftlern und Umweltschützern auf Kritik stösst. (Bildquelle: ESA) via space.com

Elon Musk hat bei der US-Regulierungsbehörde FCC einen Antrag eingereicht, bis zu eine Million orbitale KI-Rechenzentrums-Satelliten ins All bringen zu dürfen. Offiziell soll damit eine globale Infrastruktur für Künstliche Intelligenz entstehen. Genehmigt ist das Projekt bislang nicht. Doch allein der Antrag wirft Fragen auf, die weit über Technik hinausgehen.

Es geht nicht um ein weiteres Starlink-Netz. Es geht um den Aufbau einer weltumspannenden KI-Infrastruktur im Orbit – kontrolliert von einem privaten Unternehmen, dessen Gründer heute zu den einflussreichsten Akteuren an der Schnittstelle von Wirtschaft, Militär und US-Regierung zählt.

Sollte ein solches System Realität werden, wäre die Konsequenz gewaltig. Immer mehr Bereiche des Lebens würden von einer permanent verfügbaren KI-Rechenleistung abhängig: Kommunikation, Navigation, Wetter, Logistik, Finanzsysteme, autonome Fahrzeuge und zahllose digitale Dienste könnten über eine Infrastruktur laufen, die sich ausserhalb nationaler Grenzen befindet.

Mit jeder neuen digitalen Anwendung entstehen weitere Daten. Mit jeder neuen Datenquelle wächst die Möglichkeit, menschliches Verhalten zu analysieren, vorherzusagen und zu beeinflussen. Je leistungsfähiger die KI wird, desto einfacher lassen sich Milliarden von Datensätzen in Echtzeit auswerten.

Sollte eine derart umfassende KI-Infrastruktur Realität werden, wäre dies ein weiterer Schritt hin zu einer Welt, in der sich der digitale Raum immer schwerer verlassen lässt. Kommunikation, Navigation, Identität, Finanztransaktionen und unzählige Alltagsdienste könnten zunehmend von wenigen globalen Infrastrukturen abhängen. Kritiker warnen, dass damit die Gefahr wächst, Überwachung, Verhaltensanalyse und digitale Kontrolle in einem bislang unbekannten Ausmass zu ermöglichen – ein Szenario, das manche bereits als den Weg in ein planetarisches digitales Gefängnis bezeichnen.

Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht, ob eine Million Satelliten technisch möglich sind. Die entscheidende Frage lautet: Wer kontrolliert künftig die globale KI-Infrastruktur – und damit einen immer grösseren Teil der digitalen Welt?

Besonders brisant ist dabei die politische Dimension. SpaceX arbeitet bereits eng mit US-Behörden und dem amerikanischen Militär zusammen. Starlink wurde in militärischen Konflikten eingesetzt, und Musk selbst steht regelmässig in direktem Austausch mit der US-Regierung. Sollte künftig auch die Rechenleistung der Künstlichen Intelligenz zunehmend in den Händen weniger privater Konzerne liegen, würde sich die Konzentration technologischer Macht weiter beschleunigen.

Befürworter verweisen auf schnellere KI, globale Kommunikation und neue Möglichkeiten für Katastrophenschutz und Forschung. Kritiker sehen dagegen die Gefahr, dass eine Infrastruktur entsteht, der sich kaum noch jemand entziehen kann. Wer heute ein Smartphone nutzt, ein Auto fährt oder digitale Dienste verwendet, hinterlässt bereits unzählige Datenspuren. Mit einer allgegenwärtigen KI-Infrastruktur könnten diese Daten künftig noch schneller, umfassender und automatisierter verarbeitet werden.

Der Antrag für eine Million KI-Satelliten ist deshalb weit mehr als ein technisches Projekt. Er steht sinnbildlich für eine Zukunft, in der nicht nur Informationen, sondern auch die Rechenleistung der Welt zunehmend in den Händen weniger globaler Akteure konzentriert wird.

Die eigentliche Debatte beginnt daher erst jetzt: Nicht, ob eine solche Infrastruktur gebaut werden kann, sondern welche demokratischen Grenzen ihr gesetzt werden – bevor der Himmel selbst zur nächsten digitalen Machtzentrale wird.

Quelle: <https://uncutnews.ch/musk-beantragt-zusatzlich-1-million-ki-satelliten-im-orbit-was-das-fur-uns-alle-bedeutet/>



Via Britannica

Israel treibt Plan für palästinensische Gefängnisse mit Krokodil-gefüllten Gräben voran

uncut-news.ch, Juli 20, 2026, Tyler Durden via ZeroHedge

Von Tyler Durden, Via Middle East Eye

Die israelische Regierung hat den Nilkrokodilen ihren Schutzstatus entzogen und damit den Weg für einen **Vorschlag zum Bau einer von den Reptilien umgebenen Haftanstalt für Palästinenser** geebnet, wie israelische Medien am Donnerstag berichteten.

Umweltministerin Idit Silman unterzeichnete am Mittwoch einen Erlass, mit dem Nilkrokodile als «besonders verwaltete Wildtiere» neu eingestuft wurden – eine neue **Rechtskategorie, die es dem Staat erlaubt, die Tiere aus Sicherheitsgründen zu halten**, wie die israelische Nachrichtenseite Ynet berichtet. In dem Erlass erklärte Silman, dass Israels Sicherheitskräfte nun unter bestimmten Bedingungen Krokodile halten dürften.

Laut Ynet erfolgte dieser Schritt entgegen der Empfehlung des Rechtsberaters des Umweltministeriums und von Umweltverbänden. Die Entscheidung folgt auf monatelangen Druck seitens des Ministers für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, der im Dezember den Bau eines von Krokodilen umgebenen Gefängnisses vorgeschlagen hatte.

Ben Gvir, der den israelischen Strafvollzugsdienst (IPS) leitet, sagte, er habe sich von Floridas umstrittenem Einwanderungsgefängnis inspirieren lassen, das als **«Alligator Alcatraz»** bezeichnet wird.

Beamte der israelischen Natur- und Parkbehörde hatten zuvor argumentiert, Krokodile sollten ausschliesslich zu Bildungs- und Forschungszwecken gehalten werden. Auch die Rechtsberaterin des Umweltministeriums, Neta Drori, lehnte den Plan ab und erklärte, es fehle an einer ausreichenden rechtlichen und fachlichen Grundlage.

Der IPS **argumentierte, seine Mitarbeiter könnten mit Krokodilen umgehen, da sie Erfahrung im Umgang mit Kampfhunden hätten** – ein Argument, das Drori zurückwies. «Der IPS scheint nicht über das Fachwissen zur Haltung gefährlicher Wildtiere wie Krokodile zu verfügen», schrieb sie und kam zu dem Schluss, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung nicht erfüllt seien.

Trotz dieser Stellungnahme genehmigte Silman die Massnahme diese Woche.

Ben Gvir feierte die Entscheidung am Donnerstag auf Facebook und veröffentlichte ein KI-generiertes Bild von sich selbst, auf dem er ein Krokodil an der Leine hält. **«Verdammter Terrorist, willst du etwa fliehen? Denk noch mal nach»**, schrieb der Minister.

Seit Beginn dessen, was Kritiker als Völkermord in Gaza bezeichnen, im Oktober 2023 hat Ben Gvir eine drastische Verschlechterung der Haftbedingungen für Palästinenser in israelischen Gefängnissen zu verantworten, darunter Folter, Aushungerung und Erniedrigung. Menschenrechtsorganisationen haben Israel weit verbreitete Misshandlungen vorgeworfen und einige Haftanstalten als «Folterlager» bezeichnet.

«Erhebliche Risiken»

Silmans Entscheidung stiess auf Widerstand seitens der Israelischen Natur- und Parkbehörde (INPA) sowie von Umweltverbänden, die argumentierten, der Schritt sei rechtswidrig und stelle sowohl für die Krokodile als auch für die Öffentlichkeit ein Risiko dar.

Die INPA erklärte, es gebe «keine ausreichende fachliche Grundlage», um die Haltung von Krokodilen in Sicherheitsanstalten zu genehmigen. Die Behörde, die für den Schutz der israelischen Tierwelt zuständig

ist, warnte, dass die Einführung von Krokodilen in IPS-Einrichtungen «erhebliche Risiken» mit sich bringen würde, und fügte hinzu, dass sie bezweifle, dass der Strafvollzugsdienst die Tiere angemessen versorgen könne.

In einer gemeinsamen Erklärung erklärten mehrere Umweltorganisationen, sie «lehnten den Einsatz von Tieren als Mittel zur Bewachung und Abschreckung entschieden ab».

«Krokodile sind fühlende Lebewesen mit komplexen Bedürfnissen hinsichtlich Platz, Wasser, Temperatur und natürlichem Verhalten», so die Gruppen, die argumentierten, dass Gefängnisse stattdessen auf herkömmliche Sicherheitsmassnahmen zurückgreifen sollten.

Sie stellten zudem die Wirksamkeit des Vorschlags in Frage und wiesen darauf hin, dass Krokodile im Winter «ihren Stoffwechsel verlangsamen, sehr träge werden und aufhören zu fressen».



Zur Veranschaulichung: Das würde in etwa so aussehen

«Sicherheit sollte mit echten Mitteln erreicht werden, nicht durch Tiere», lautete das Fazit der Erklärung. Nilkrokodile sind **in Israel seit 2013 eine geschützte Art**. Zuvor fungierten Krokodilfarmen als Touristenattraktionen, doch als die Besucherzahlen zurückgingen, stellten viele auf die Zucht der Tiere wegen ihrer Häute um.

Im vergangenen Jahr tötete das israelische Militär mehr als 250 Nilkrokodile auf einer Farm in einer israelischen Siedlung im besetzten Westjordanland, was zu Kritik von Tierschutzorganisationen führte, die dem Militär vorwarfen, geschützte Tiere zu schlachten.

Quelle: Israel Advances Plan For Palestinian Prisons With Crocodile-Filled Moats

Quelle: <https://uncutnews.ch/israel-treibt-plan-fuer-palaestinensische-gefaengnisse-mit-krokodil-gefuellten-graben-voran/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

13.7.2026

Kommentar

**Wie die deutsche Regierung den Krieg ins eigene Land holt
Deutschland kauft den USA «Tomahawks» ab und stationiert sie. Damit wird das Land zur Abschussrampe für US-Angriffswaffen.**

Fred Schumacher



Fred Schumacher ©

Deutschland hat den Kauf von US-Tomahawk-Marschflugkörpern vereinbart und wird diese auf eigenem Boden stationieren. Bundeskanzler Friedrich Merz verkündete diesen historischen Schritt am Donnerstagmorgen im Bundestag, frisch zurück vom Nato-Gipfel in Ankara. Man wolle sich von Erpressbarkeit freimachen, heisst es. Was für eine groteske Verkehrung der Tatsachen.

Mit einer Reichweite von 2500 Kilometern können diese Marschflugkörper von Deutschland aus nicht nur Moskau erreichen – die Entfernung beträgt gerade einmal 1600 Kilometer –, sondern Ziele tief im russischen Kernland. Die Botschaft ist eindeutig: Deutschland wird zur Abschussrampe für amerikanische Angriffswaffen gegen Russland, und zwar in deutscher Verfügungsgewalt. Das ist keine Verteidigungsmassnahme, das ist eine Kriegserklärung.

Deutsche Regierung treibt Eskalation auf die Spitze

Die Begründung der Bundesregierung, Russland bedrohe Westeuropa und habe selbst Iskander-Raketen in Kaliningrad stationiert, ist an den Haaren herbeigezogen. Schliesslich fliegen täglich vom deutschen Steuerzahler finanzierte Drohnen und Raketen von der Ukraine aus nach Russland und nicht umgekehrt von russischem Staatsgebiet in Richtung Nato. Nicht eine einzige Angriffswaffe hat das russische Militär gegen einen Nato-Staat abgefeuert. Das ist so seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Merz und seine Hinterleute im Finanz- und Rüstungskomplex flehen den Krieg herbei. Die Nato-Staaten in Europa verfügen derzeit noch nicht über eigene Mittelstreckenwaffen – und genau diese Lücke soll nun mit amerikanischen Waffen gefüllt werden.

Man stelle sich vor, Russland würde Marschflugkörper auf Kuba stationieren, mit der Reichweite, um Washington zu treffen. Die Empörung wäre grenzenlos. Doch wenn Deutschland dasselbe tut, redet man von «strategischer Lückenschliessung».

Deutschlands Doppelrolle im Ukraine-Krieg

Noch perfider wird das Ganze, wenn man einen genauen Blick auf Deutschlands Rolle im Ukraine-Krieg wirft. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren militärische Hilfen in Höhe von rund 55 Milliarden Euro für die Ukraine bereitgestellt. Deutschland zählt zu den wichtigsten Unterstützern der ukrainischen Regierung, der Kritiker seit 2014 schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber russischsprachigen Bevölkerungsgruppen sowie neonazistische Tendenzen vorwerfen.

Deutschland hat nicht nur Kampfpanzer, Artilleriesysteme und Luftverteidigung geliefert, sondern treibt nun auch die Produktion ukrainischer Angriffswaffen auf eigenem Boden voran. Erst kürzlich wurde eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die die Fertigung des ukrainischen Marschflugkörpers «Bars» in Deutschland vorsieht – zur direkten Lieferung an die Ukraine. Mit einer Reichweite von bis zu 1000 Kilometern ist auch dieses System in der Lage, russische Ziele tief im Hinterland zu treffen.

Unerträgliche Doppelmoral

Deutschland liefert Waffen an die Ukraine, damit diese Russland angreifen kann, und stationiert gleichzeitig eigene Angriffswaffen, die russisches Territorium erreichen. Gleichzeitig behauptet man, man wolle den Krieg nicht eskalieren lassen.

Gefährliche Selbsttäuschung

Die politische Klasse in Berlin scheint vergessen zu haben, was es bedeutet, eine Atommacht an der Grenze zu haben. Schon längst bezeichnen klardenkende Politikerinnen wie beispielsweise Sevim Dagdelen Boris Pistorius als «Kriegsminister», völlig zu Recht. Das von Merz geführte CDU/CSU/SPD-Regime treibt das Land in das Inferno eines Atomkriegs.

Die Behauptung, es gehe um Verteidigung, war und ist nicht glaubwürdig. Marschflugkörper mit 2500 Kilometern Reichweite sind keine Verteidigungswaffen. Sie sind Angriffswaffen. Sie sind darauf ausgelegt, Kommandostellen, Flugplätze und Bunker tief im russischen Gebiet zu zerstören. Wer solche Waffen in Deutschland stationiert, macht Deutschland zum Ziel.

Verhängnisvolle Entscheidung

Die Geschichte lehrt uns, dass militärische Eskalation nicht zur Deeskalation führt. Russland hat bereits mit Gegenmassnahmen gedroht und wird diese Stationierung nicht tatenlos hinnehmen. Deutschland ist auf dem besten Weg, nicht nur zum grössten Waffenlieferanten der Ukraine zu werden, sondern auch zur vordersten Frontlinie eines möglichen direkten Krieges mit Russland.

Rolle der deutschen Bevölkerung

Mehr als 80 Millionen Menschen in Deutschland müssen sich jetzt, genau in diesem Moment, darüber klar werden, dass sie aktuell keine aktive Rolle in diesem tödlichen Spiel der Kriegsprofiteure spielen. Sie sind der Einsatz, dessen Verlust die internationalen Zocker an den Börsen einkalkuliert haben.

Klimakatastrophe durch Überbevölkerung – Climate Catastrophe Caused by Overpopulation

19. Juli 2026

Die Bedarfsartikel, die einerseits alle Menschen unbedingt zum Leben benötigen, die jedoch andererseits das Gros der Masse Überbevölkerung verantwortungslos um jeden Preis und auf Kosten des Klimas, Ökosystems, des Lebens und der Gesundheit der Erdenmenschheit unbedingt und gewissenlos als Luxusgüter haben will, führten zur Klimakatastrophe. Tatsache ist also: Gäbe es keine Überbevölkerung, dann wären

all die Übel niemals entstanden, die heute in aller Welt grassieren. Tatsache ist, dass es ohne Überbevölkerung folgende planetaren tragischen verhängnisvollen Heimsuchungen nicht gäbe, wie:



Umweltverschmutzung (Unrat aller Art)

Umweltzerstörung (Erdressourcenausbeutung, Landzerstörung durch Landverbauung mit Strassen, Gebäuden, Flugplätzen, Sportanlagen, Fabriken, Energieanlagen usw.)

Gewässervergiftung (Bäche, Flüsse, Weiher, Seen, Meere)

Grundwasservergiftung (durch Jauche, Wasch-, Toiletten- und Kosmetikartikel, Schwermetalle, Herbizide, Pestizide, Kupfer aus BIO-Pflanzenschutzbehandlung, Giftstoffe aller Art usw.)

Meere-Vermüllung (Plastikmüll, andere Kunststoffe und Unrat aller Art usw. in den Ozeanen) Ökosystemzerstörung (Zerstörung der Natur und derer gesamten Fauna, resp. Zerstörung der Lebensgemeinschaft der Organismen aller Gattungen und Arten der unbelebten Umwelt; der Lebensraum, die Habitate, die unbelebten (abiotischen) und belebten (biotischen) Komponenten)

Atmosphärenvergiftung

Klimazerstörung

Naturkatastrophen in steigender Anzahl und immer schlimmer werdenden Ausmassen

Energieprobleme

Hunger in Drittweltländern

Waldbrände, Steppenbrände, Buschbrände, Moorbrände usw.

Dschungelbrände = undurchdringlicher, sumpfiger Wald in den Tropen

Urwaldbrände = ursprünglicher, unkultivierter Wald mit reicher Fauna und Flora (in den Tropen)

Bitte helft nach besten Kräften und bestem Wissen mit, dass diese wichtigen Informationen an die Öffentlichkeit gelangen und möglichst viele Menschen erreichen können, die dann letztendlich zu einer Änderung im Positiven beitragen können.

The essential goods—which, on the one hand, all people absolutely need to survive, but which, on the other hand, the vast majority of the overpopulated masses irresponsibly and unscrupulously demand as luxury goods at any cost and at the expense of the climate, the ecosystem, and the life and health of humanity—have led to a climate catastrophe. The fact is, therefore: If there were no overpopulation, none of the evils that are rampant throughout the world today would ever have arisen. The fact is that without overpopulation, the following tragic and disastrous planetary calamities would not exist, such

Environmental pollution (waste of all kinds)

Environmental destruction (exploitation of Earth's resources, land degradation through land development with roads, buildings, airports, sports facilities, factories, power plants, etc.)

Water pollution (streams, rivers, ponds, lakes, oceans)

Groundwater contamination (from manure, laundry detergents, toiletries, heavy metals, herbicides, pesticides, copper from organic plant protection treatments, toxins of all kinds, etc.)

Ocean litter (plastic waste, other synthetic materials, and trash of all kinds, etc., in the oceans)

Ecosystem destruction (destruction of nature and its entire fauna, or destruction of the community of organisms of all genera and species in the inanimate environment; the habitat, the living environments, the inanimate [abiotic] and animate [biotic] components)

Atmospheric pollution Climate disruption

Natural disasters occurring with increasing frequency and of ever-greater severity

Energy problems

Hunger in Third World countries

Forest fires, steppe fires, bush fires, peat bog fires, etc.

Jungle fires = impenetrable, swampy forests in the tropics

Primeval forest fires = pristine, uncultivated forest with rich flora and fauna (in the tropics)

Please do your best, to the best of your knowledge, to help ensure that this important information reaches the public and as many people as possible, who can then ultimately contribute to positive change.

Bild/Image: Bild: <https://pixabay.com/de/photos/meeresschildkr%C3%B6te-10188870/>

Zitate von Ptaah entnommen aus der Sonderausgabe **FIGU-Zeitzeichen Nr. 4** vom Januar 2020 bei https://www.figu.org/files/figu_zeitzeichen%20sonderausgabe/figu_zeitzeichen_sa_004.pdf. Veröffentlicht als Neuigkeit zur Geburtenstopp-Petition bei <https://www.change.org/p/%C3%BCberbev%C3%B6lkerung-globaler-geburtenstopp-jetzt-overpopulation-global-birth-stop-now/u/34992929>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
10.7.2026



Die USA waren in ihrer Geschichte fast immer ein Einwanderungsland.
Das könnte sich jetzt ändern. © Depositphotos

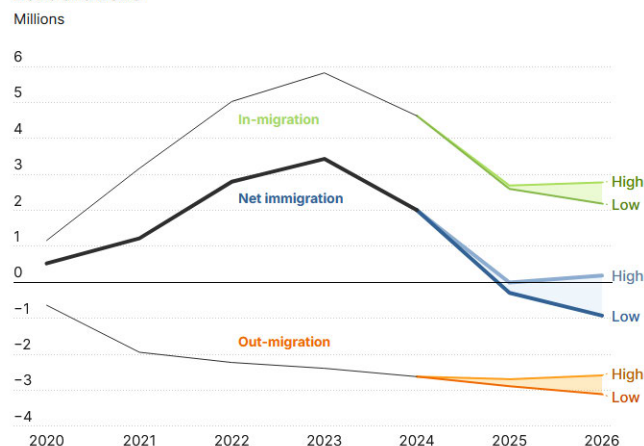
Die US-Bevölkerung dürfte dieses Jahr zum ersten Mal abnehmen Die Zahl der Einwanderer geht zurück, dafür wandern mehr Menschen aus. Wer geht, ist oft liberaler gesinnt.

Daniela Gschweng

Bald wissen wir es genau: Zu ihrem 250. Geburtstag könnten die Vereinigten Staaten erstmals seit vielen Jahren schrumpfen. Die Bevölkerungsstatistik, die jeweils zum 1. Juli verglichen wird, zeigt bis zum 1. Dezember 2025 kaum noch Wachstum.

Eine der Ursachen: Migration. Nach einer im Januar veröffentlichten Studie der Denkfabrik Brookings Institution verliessen 2025 erstmals seit wenigstens 50 Jahren mehr Menschen die USA als zuwanderten. Dieser Trend werde sich 2026 sehr wahrscheinlich fortsetzen.

Migration flows, with low and high immigration projections for 2025 and 2026



Source: Authors' estimates.

BROOKINGS

Die USA hatten 2025 erstmals nach sehr vielen Jahren einen negativen Wanderungssaldo. © Brookings

Der Wanderungssaldo lag demnach bei minus 10'000 bis minus 295'000 Personen. Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln, weil die USA keine Meldepflicht kennen. Einige Medien verwendeten den Mittelwert und berichteten von 150'000 Personen.

Mexiko, Kanada, Grossbritannien: Wohin die US-Auswanderer gehen

Wenigstens 180'000 US-Amerikaner:innen hätten 2025 das Land verlassen, meldete das «Wall Street Journal» (WSJ) im Februar und titelte «Amerikaner verlassen die USA in Rekordzahl». Der Artikel basierte auf Einwanderungsdaten von 15 Ländern. Demnach strömten so viele US-Amerikaner:innen in die EU-Länder wie seit Langem nicht mehr. In Irland habe sich die Zahl der Einwander:innen aus den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr verdoppelt.

Eine grosse Gruppe verlässt das Land wegen des oft gewaltsamen Vorgehens gegen Migranten. Das US-Innenministerium führt laut dem «Guardian» 675'000 Menschen auf, die 2025 deportiert wurden und 2,2 Millionen, die die USA im vergangenen Jahr freiwillig verliessen – darunter vermutlich auch US-Bürger:innen, die Angehörige begleiteten.

Allein 50'000 US-Amerikaner:innen sind nach mexikanischen Angaben in das beliebteste Auswanderungsland Mexiko eingewandert. Weitere bevorzugte Zielländer sind Kanada und Grossbritannien – vermutlich wegen der räumlichen Nähe, aus sprachlichen, aber auch aus familiären Gründen: Viele US-Amerikaner haben europäische Wurzeln, was eine Einbürgerung erleichtert.

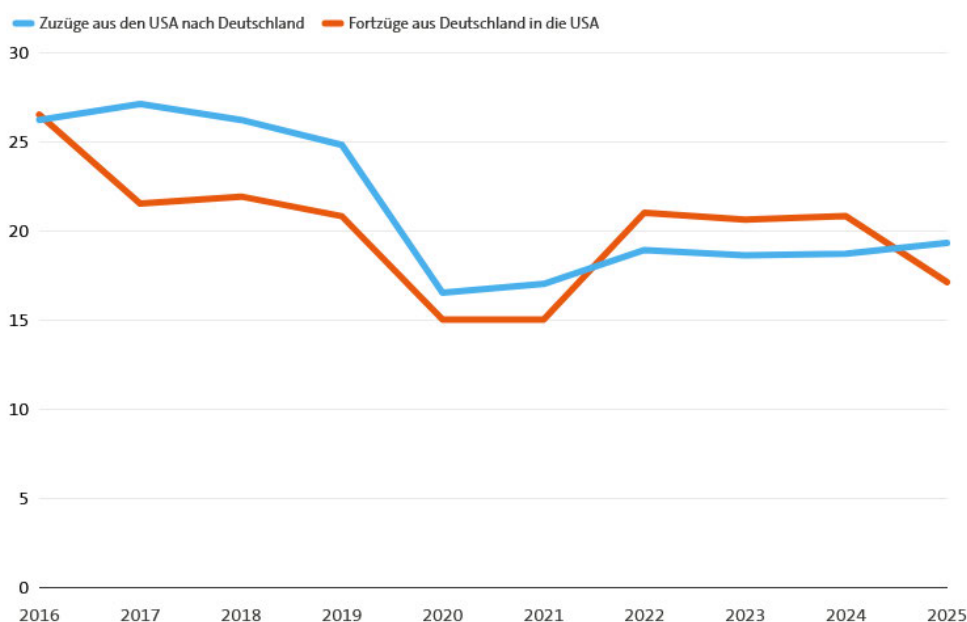
Attraktivität der USA nimmt ab

Gleichzeitig wurden die USA als Zuwanderungsland unattraktiver. Im November 2025 meldete das statistische Bundesamt in Deutschland beispielsweise, dass bis Ende September mehr US-Bürger:innen nach Deutschland eingewandert seien als Deutsche in die USA auswanderten.

Laut Destatis lebten Ende 2025 insgesamt 118'130 US-Amerikaner:innen in Deutschland, rund 2000 weniger als Ende 2024 und etwa 4000 weniger als 2023. Im vergangenen Jahr wanderten aber weniger deutsche Staatsbürger:innen in die USA aus als in den Jahren davor.

USA: Zu- und Fortzüge

jeweils von Januar bis September | In Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025



Das kam allerdings schon öfter vor: In den ersten neun Monaten 2025 wanderten weniger Deutsche in die USA aus als US-Amerikaner zuzogen. © Tagesschau/Destatis

Zwei von fünf jungen Frauen würden gehen

In den USA leben 343 Millionen Menschen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind das also kleine Zahlen. Nach Umfragen würde aber jeder Fünfte das Land dauerhaft verlassen, wenn er könnte.

Bei den Frauen sind es sogar noch mehr: Nach einer Gallup-Umfrage würden zwei Fünftel (40 Prozent) der jungen Frauen von 15 bis 44 Jahren auswandern, wenn sich eine Gelegenheit böte, aber nur halb so viele

Männer (19 Prozent). Ein solcher Gender-Gap sei selten, schreibt Gallup. In vergleichbaren OECD-Ländern sei der Anteil junger Frauen nur halb so hoch.

Einer der Gründe sind die in den USA in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und die vergleichsweise hohe Inflation. Europa, so die Wahrnehmung, sei günstiger (was nicht immer stimmt) und die Lebensqualität höher. Dazu kommt laut WSJ die wachsende Verbreitung des Arbeitens von zu Hause aus, was den Umzug erleichtere.

Dienstleistungsunternehmen, die US-Bürger:innen dabei helfen, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung oder Staatsbürgerschaft in einem anderen Land zu erlangen, bekommen so viele Anfragen wie nie. Der grösste Teil der auswanderungswilligen Reichen führe «politische Gründe» an, schreibt «CNBC», das sich bei einer Agentur namens Expatsi erkundigt hatte. Dort bemühten sich vor allem eher wohlhabende Einzelpersonen oder Paare um den Umzug ins Ausland und gäben dafür «hunderte Dollar» aus.

Die wirklich Reichen gehen einen anderen Weg: In wenigstens der Hälfte aller Länder weltweit kann die Einbürgerung sehr schnell gehen, wenn der Zuwanderer dort Geld investiert. Oder die Staatsbürgerschaft lässt sich direkt kaufen. Nach Daten der UBS hätten von 87 Milliardärskunden im vergangenen Jahr 31 wenigstens einmal ihren Wohnsitz verlegt, schreibt der «Guardian»

Erleben die USA einen «Democracy Drain»?

Potenzielle Auswanderer:innen seien nach allem, was die Wissenschaft über sie wisse, in der Regel aufgeschlossener, unternehmungslustiger und jünger als die Durchschnittsbevölkerung, schreibt der Migrationswissenschaftler Justin Gest in einem «Guardian»-Kommentar. Gest ist mehrfach ausgezeichnete Autor mehrerer Bücher zum Thema. Er lehrte und lehrt an mehreren grossen Hochschulen.

Migrant:innen seien meist besser ausgebildet und wohlhabender, führt er auf. Viele der US-Auswanderer seien Wissenschaftler:innen. Bei einigen erregte der Umzug grössere Aufmerksamkeit. Der Historiker Timothy Snyder und seine Frau, die ebenfalls Historikerin ist, lehren beispielsweise inzwischen im kanadischen Toronto.

Die Frage sei daher nicht so sehr, wie viele gehen, sondern wer geht, schreibt Gest und formuliert eine interessante These: Neben einem «Brain Drain» drohe den Vereinigten Staaten der Verlust eher liberaler, demokratisch gesinnter und engagierter junger Menschen – ein «Democracy Drain» sozusagen. Oder «Democracy Drain» – der Titel von Gest's jüngstem Buch.

Kreislauf aus Emigration und autoritärer Regierungsführung

Nach Gest's Beobachtungen «ordnen» sich Migranten demokratischeren Länder zu. Sie seien häufiger liberal oder politisch eher links eingestellt. Das erscheint nachvollziehbar – wer ins zumindest teilweise Unbekannte aufbricht, legt häufig Wert auf funktionierende Institutionen und demokratische Strukturen.

US-Auswanderern liege eine lebendige Demokratie mehr am Herzen als jenen, die blieben, folgert Gest. Seine Forschung lege nahe, dass sich Auswander:innen stärker für die Integrität liberal-demokratischer Institutionen einsetzen. Gerade diese Menschen würden dem Land künftig schmerzlich fehlen. Je mehr junge, liberale Menschen gingen, desto konservativer, wenn nicht autoritärer, könnte das Land werden.

Ein paar hunderttausend Menschen sind gemessen an der Gesamtbevölkerung der USA keine riesige Zahl. Bedenke man, dass in manchen Wahlkreisen bereits einige tausend Stimmen über den Ausgang einer Wahl entscheiden können, sei diese Entwicklung keineswegs bedeutungslos, argumentiert Gest. Die USA könnten sich im schlimmsten Fall in eine Gruppe von Ländern einreihen, in denen sich Emigration und autoritäre Regierungsführung gegenseitig verstärken. Als Beispiele nennt er Ungarn, Indien, Israel und die Türkei.

Den moralischen Konsequenzen des Krieges begegnen

Robert C. Koehler

Wann wurde die US-Regierung, oder ein Teil davon, jemals wirklich – nicht nur rechtlich oder politisch, sondern moralisch – für einen Gewaltakt, für ihre Gewaltsucht zur Rechenschaft gezogen? Ist das jemals vorgekommen?

Und was bedeutet das überhaupt? Diese Fragen habe ich mir bis vor wenigen Stunden nie gestellt, als ich von einer Klage gegen Heimatschutzminister Markwayne Mullin und den amtierenden ICE-Direktor David Ventura erfuh. Formal handelt es sich um eine Klage zur Meinungsfreiheit, aber sie ist so viel mehr als das. Zumindest schien es mir so, je mehr ich darüber erfuh.

Die Klage blickt zurück auf den schrecklichen Januar und die Invasion von Minneapolis, auch bekannt als Operation Metro Surge. Bewaffnete und maskierte Mitglieder der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) und des Zoll- und Grenzschutzes (CBP) besetzten damals die Twin Cities, um angeblich illegal eingereiste Einwanderer festzunehmen und abzuschieben. Dies führte zu immenser Angst und Chaos und löste massive Proteste aus.

Bekanntlich wurden zwei Demonstranten ermordet: Renee Good am 7. Januar und Alex Pretti am 24. Januar. Das war zu viel. Die Nation war empört. Die Morde und die Tatsache, dass sich die meisten Festgenommenen legal in den USA aufhielten, dämpften die Proteste – die Festnahmen und Abschiebungen hörten jedoch nicht auf.

Fünf Monate später wurde David Streever aus Rochester, New York, – zu seinem grossen Erstaunen – von Beamten des Heimatschutzministeriums kontaktiert, die ihm eine «Warnung: Sie verstossen möglicherweise gegen Bundesrecht» aushändigten.

Wie sich herausstellte, hatte er viele Monate zuvor, nach den beiden Morden bei den Protesten, eine E-Mail mit dem Betreff «Was nun?» an Todd Lyons geschickt, den damaligen kommissarischen ICE-Direktor. Laut der «New York Times» schrieb Streever darin unter anderem: Der Direktor «wird niemals Frieden finden und als Amerikas Reinhard Heydrich, der Schlächter, in die Geschichte eingehen» – eine Anspielung auf den SS-Chef, der als einer der Hauptverantwortlichen für den Holocaust gilt.

«Selbst Trump wird sich vor dem Ende gegen dich wenden, und du wirst ein trauriger, verachteter Mann sein, der sich vor Scham über seine eigene erbärmliche Schwäche selbst auffrisst», hiess es in der E-Mail. «Du wirst versuchen, dich selbst zu verlieren, der Last der Wahrheit über dich selbst zu entfliehen. Aber wohin du auch gehst, du wirst dich selbst finden. Du wirst dich bis zu deinem letzten Tag auf Erden quälen.» Lass diese Worte einen Moment lang auf dich wirken. Ja, ich fand sie schockierend. Ich habe mich sogar kurz gefragt, ob sie zu weit gegangen sind. Aber bemerkenswert: Die Worte enthalten keine konkrete Drohung. Vielmehr ist die E-Mail sowohl eine moralische Verurteilung als auch eine psychisch-spirituelle Warnung. Mord holt den Täter stets ein. Wie Adam Steinbaugh, Anwalt der Foundation for Individual Rights and Expression, die die Klage zur Meinungsfreiheit einreicht, es ausdrückte: «Dies ist in keiner Weise eine Drohung, sondern ein Appell an den ICE-Direktor, seine Taten anzuerkennen. Und, möchte ich hinzufügen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, anstatt zu versuchen, sie zu verdrängen, indem man die Todesfälle – und die zerstörten Leben Tausender Abgeschobener – zu abstrakten Begriffen erklärt.»

Streevers E-Mail stellt die weit verbreitete, von den Medien verbreitete Annahme infrage, dass landesweit begangene Todesfälle – meist durch Kriege – tatsächlich abstrakt seien und je mehr es seien, desto abstrakter würden sie. Ich bin froh, dass die E-Mail öffentlich geworden ist. Es geht hier um ein weitaus grösseres Thema als die Meinungsfreiheit, aber die Klage macht diesen vergessenen Austausch öffentlich.

«Aber wohin du auch gehst, du wirst dich selbst finden. Du wirst dich bis zu deinem letzten Tag auf Erden quälen.»

Dies gilt für alle. In den letzten drei Jahren sind laut ICE-Statistiken, die auf deren Website sie als «Todesfälle inhaftierter Ausländer» bezeichnet werden, etwa 60 Inhaftierte in Haftzellen gestorben. Doch diese Todesfälle sind keine abstrakten Fälle. Genauso wenig wie die Tausenden von angeblichen «Ausländern», die täglich verhaftet und ihren Familien entrissen werden. Können wir die Seele unserer Nation öffnen, so wie Streever den ICE-Direktor inständig bat, seine Seele zu öffnen? Das bedeutet, sich bewusst zu sein, dass die Konsequenzen uns alle treffen werden ... und darüber hinaus, dass die Verstorbenen liebenswerte Menschen waren, die es verdienten zu leben.

Denken Sie an die Worte von Bita Iuliano, die kürzlich über die Militärjets schrieb, die im Rahmen der Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag der Unabhängigkeit über die Hauptstadt Washington, D.C., donnerten. Für den 4. Juli waren sieben Stunden Überflüge geplant. «Diese Überflüge», schreibt sie, «sind eine Demonstration von Macht, Dominanz und Stärke. Alles nur, um Hypernationalismus und Militarismus weiter anzuhetzen. Aber wir hatten Glück, dass es nur eine «Show» war.»

Sie fuhr fort: «Als iranische Einwanderin sah ich meine Kinder zittern und sich die Ohren zuhalten angesichts des ohrenbetäubenden Lärms der Bomber und Kampffjets über unserem Haus – so laut, dass die Wände vibrierten. Da traf mich eine erschütternde Dualität. Mein Herz brach, denn ich wusste, was dieser Lärm für Kinder wie sie im Iran bedeutet.»

Die iranischen Kinder, so betonte sie, wussten, als sie sich die Ohren zuhielten und sich aneinander kuschelten, dass dies ihr letzter Tag sein könnte. Für viel zu viele von ihnen war es genau das.

Das ist Militarismus. Die gefallenen Feinde werden hinter patriotischer Propaganda versteckt und verschwinden schnell aus dem kollektiven Bewusstsein. Sie sind Untermenschen; sie sind böse. Sie sind radikale Linke. Wir haben keine andere Wahl, als sie zu töten, immer und immer wieder. Mindestens 7300 Iraner (bisher). Mehr als 70'000 Palästinenser.

Die Menschen haben das Recht, dagegen zu protestieren, ihre Meinung zu äussern. Sie haben auch das Recht, moralische Werte öffentlich zu machen – ungeachtet der Angst, die dies bei denjenigen auslöst, die sich über solche Werte «erhaben» fühlen.

erschienen am 17. Juli 2026 in Bob Koehlers Newsletter

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_07_18_denmoralischen.htm

Ein wahnhafter Trump erlebt eine weitere aufregende Woche

Philip Giraldi

Es hat schon etwas Gutes, Donald J. Trump als Präsidenten zu haben: In einer normalen Woche sagt oder tut er eine Reihe unglaublich dummer Dinge, die einen zum Schmunzeln oder gar Lachen bringen. Leider hört der Spass aber schnell auf, wenn man sich daran erinnert, dass dieser blanke Wahnsinn nicht nur das Weisse Haus und grosse Teile Washingtons zerstört. Er bedeutet auch, Kriege gegen ansonsten harmlose Gegner zu führen, Billionen von Steuergeldern zu verschwenden, den Vereinigten Staaten von Amerika enormen Schaden zuzufügen und wirtschaftliche sowie politische Katastrophen auszulösen, die, wie derzeit im Fall des Irans, weite Teile der Welt ins Verderben stürzen könnten.

Letzte Woche folgte eine Reihe typischer Wutausbrüche Trumps gegen den Iran, die er mit israelischen «Geheimdienstinformationen» in Verbindung brachte, wonach die Perser ein Attentat auf ihn planten. Der Iran hatte bereits Trumps typische «Verhandlungstaktiken» nach dem Wiederaufflammen der Kämpfe um die Strasse von Hormus zu spüren bekommen, was sich unter anderem in der Bezeichnung der iranischen Führung als «Abschaum» durch den Präsidenten zeigte. Ein vernünftiger Mensch in einer Machtposition wüsste, wann er die Notbremse ziehen und nach einem Ausweg aus dem potenziell verheerenden Konflikt suchen müsste, doch das ist nicht Trumps Art.

Trump hätte die Mordgerüchte ignorieren und es dabei belassen sollen, da er wusste, dass alles, was aus Israel kommt, von vorneherein eine Lüge ist. In diesem Fall wäre es eine Lüge gewesen, die darauf abzielte, eine zweite Phase des bewaffneten Krieges zwischen den USA und dem Iran auszulösen – genau das, worauf Premierminister Benjamin Netanjahu hofft und wovon er träumt. Wie reagierte Trump also? Er donnerte, dass die Folgen für die Perser verheerend wären, sollte er vom Iran getötet werden, auch wenn er es nicht direkt so formulierte. Wenn Trumps unsinnige «Kunst des Deals» nicht funktioniert, ist es für ihn stets notwendig, Gegner irrational mit totaler Vernichtung zu bedrohen.

So schrieb Trump am Freitag auf seiner Website Truth Social: «1000 Raketen sind startbereit und auf die Islamische Republik Iran gerichtet, und Tausende weitere werden unmittelbar folgen, sollte die iranische Regierung ihre weltweit ausgesprochene Drohung wahr machen, den amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika – in diesem Fall MICH! – zu ermorden oder einen Mordanschlag zu versuchen. Die Befehle sind bereits erteilt, und das US-Militär ist bereit, willens und fähig, innerhalb eines Jahres – mit der Option auf Verlängerung – alle Gebiete des Iran vollständig zu vernichten und zu zerstören – Lob sei Allah!»

Auf der Website des Ron Paul Institute kommentiert Kurt Nimmo die Nachricht als weiteres Beispiel für Trumps Grössenwahn. Er beschreibt, wie «MICH» natürlich in Grossbuchstaben geschrieben ist. Denn Donald Trump ist für ihn und seine schrumpfende Schar von MAGA-Anhängern der Inbegriff von Moral und Integrität. Allein der Gedanke, dass er ermordet werden könnte, nachdem er einen Anschlag wie von einem Mob auf Irans Obersten Führer verübt hat, ist für ihn ein Akt der Verderbnis in Reinkultur.

Da allgemein anerkannt ist, dass dem US-Militär die bevorzugten Waffen gegen die Iraner ausgehen, könnte Trump, wie üblich, die Effektivität seiner Offensivkapazitäten nur übertreiben. Und natürlich, wie immer bei Trump, gibt es auch hier wieder übertriebene Darstellungen mit Wortverdrehungen. Er will «alle Gebiete des Iran dezimieren und zerstören» und ignoriert dabei, dass dies angesichts der Grösse und Bevölkerungsdichte des Landes und seiner beträchtlichen eigenen Verteidigungs- und Offensivinfrastruktur seine Möglichkeiten übersteigen könnte. Ausserdem scheint Trump die Bedeutung von «dezimieren», das er in seinen Drohungen häufig verwendet, nicht zu kennen. Der Begriff stammt aus dem Lateinischen und bedeutet «einer von zehn». Er hat seinen Ursprung in der römischen Armee, wenn eine Kampfeinheit im Gefecht versagte. Dann wurde einer von zehn Männern willkürlich ausgewählt und hingerichtet, um die übrigen für zukünftige Gefechte zu motivieren. Plant Trump also, seine eigenen Soldaten hinzurichten, falls sie versagen, oder erwartet er, gefangene Iraner zu ermorden, was ein Kriegsverbrechen wäre? Was ist also deine Absicht, Donald?

Eine weitere Trump-Anekdote, die gerade wieder aufgetaucht ist, betrifft das Weisse Haus, das er gleichzeitig vergoldet und Stück für Stück zerstört, ohne offenbar zu begreifen, dass es sich um ein von den Steuerzahlern finanziertes Regierungsgebäude handelt, das während seiner Amtszeit seine vorübergehende Residenz ist. Manche bezeichnen es als das «Haus des Volkes», und es gehört Herrn Trump genauso wenig wie das Kennedy Center, das Institute of Peace und die alten Kirschbäume entlang des Potomac, die gefällt werden, um einen unnötigen Golfplatz zu errichten, der nach Amerikas unbeliebtestem Präsidenten benannt ist! Und von dem riesigen Trump[hal]-Bogen, den DJT errichten lässt, um die Sicht vom Lincoln Memorial auf den Arlington National Cemetery zu versperren, wollen wir gar nicht erst reden. Ach ja, ich habe ganz vergessen, dass Donald Trump mehrfach erwähnt hat, er solle die für militärische Tapferkeit verliehene Ehrenmedaille des Kongresses erhalten – und das, obwohl er «Knochensporne» hatte und daher 1968 seinem Land nicht durch den Dienst in der Armee dienen konnte, als alle anderen, so wie ich, gerade ihr Studium abschlossen und für den Einsatz in Vietnam eingezogen wurden!

Doch zurück zum Weissen Haus. Berichten zufolge pflegt der Präsident, besonders hochrangigen Besuchern, die er beeindrucken möchte, Führungen durch bestimmte Räume zu geben. Einem Bericht zufolge, der dieses Verhalten als «verrückt» bezeichnete, empfing Trump vor etwa einem Jahr Bundeskanzler Friedrich Merz und führte ihn in das, was er als «Lewinsky-Zimmer» bezeichnete – ein kleines Büro, das durch eine Tür rechts neben dem Resolution Desk in seinem eigenen Büro zugänglich ist. Für Besucher, die mehr wissen wollten, gab sich Trump als grinsender Reiseführer aus und erklärte, dass in diesem kleinen Raum die Praktikantin Monica Lewinsky in den 1990er-Jahren Präsident Bill Clinton oral befriedigt habe. Trump soll zu seinen Gästen gesagt haben: «Man sagt, hier waren Bill und Monica ...»

Das Lewinsky-Zimmer dient heute als Verkaufsstelle für Donald-Trump- und MAGA-Fanartikel. Regale sind voll mit Trump-Hüten und anderen Artikeln, die der Präsident seinen Besuchern als Geschenke des «mächtigsten Mannes der Welt» anpreist. Es gibt auch Kisten mit Florsheim-Schuhen, Trumps Lieblingsschuhen. Er trägt sie nicht nur selbst, sondern schenkte im Frühjahr auch mehreren seiner Kabinettsmitglieder Paare. Offenbar müssen sie diese Schuhe tragen, um nicht in Ungnade zu fallen – ähnlich wie von allen von Trump ernannten Personen erwartet wird, dem «Genie» des Präsidenten zu folgen, egal wie bizarr die Situation auch sein mag. Nachdem Trump Bundeskanzler Merz seinen geheimen Raum voller Erinnerungsstücke mit Bezug zu sich und der MAGA-Bewegung gezeigt hatte, soll er gesagt haben: «Nehmt euch, was ihr wollt.» Anschliessend prahlte er vor Merz und den anderen Mitgliedern der deutschen Delegation damit, dass ihre Frauen eines Tages mit dem Verkauf der Gegenstände für «Tausende von Dollar» viel Geld verdienen könnten.

Zum Schluss noch ein Blick zurück auf den Wochenbeginn: Präsident Donald J. Trumps jüngste politische Aktivitäten umfassten auch eine Reise zu einem NATO-Treffen in Ankara, Türkei. Dort gelang es ihm, enge Verbündete zu verprellen, indem er darauf beharrte, das Bündnis existiere, um jeden Krieg zu unterstützen, den Washington beginne. Offenbar ist ihm nicht bewusst, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis ist, das laut den Gründern nicht dazu bestimmt war, Kriege gegen nicht bedrohliche Nationen zu führen. Trump äusserte sich zudem erneut wirr über die Annexion des dänischen Grönlands und will Berichten zufolge die Grenze zu Kanada neu ziehen.

Darüber hinaus ist Trump weiterhin vom Staat Israel und dessen Lobby im Inland abhängig, insbesondere von jüdischen Milliardären wie Miriam Adelson, die die Korruption finanzieren, von der er und seine Söhne, die Insiderhandel betreiben, profitieren. Trump wird tun, was Premierminister Benjamin Netanjahu von ihm verlangt, einschliesslich der Wiederaufnahme des verheerenden Krieges gegen den Iran, dessen Bombardierungen er bereits verstärkt hat. Nun gibt es auch unbestätigte Berichte, wonach die USA Truppen vorbereiten, um Israel bei der Zerschlagung der Hisbollah im Libanon zu «helfen». Der Libanon wird nach der Eroberung des Gazastreifens und der Expansion bis in die syrischen Vororte von Damaskus das nächste Ziel israelischer Eroberungen sein. Und natürlich gibt es Andeutungen, dass der Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran und andere Länder durchaus in den israelischen und US-amerikanischen Strategien auftauchen könnte! Man kann nur gespannt sein, was als Nächstes kommt!

erschienen am 13. Juli 2026 auf > Ron Paul Institute for Peace and Prosperity > Artikel, Original auf > The Unz Review
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_07_14_einwahnhaftertrump.htm



Britische-bauern-leibeigene-im-mittelalter-die-maisernte-aus-einem-dokument-der-zeit-wa4c7y.jpg

Die zunehmende Versklavung der Menschheit durch das Finanz-Kartell

Hwludwig, Veröffentlicht am 16. Juli 2026

Der Rothschild-Clan hat im Verbund mit der Hochgrad-Freimaurerei und weiteren mächtigen Banker-Familien, wie z.B. Rockefeller, Morgan oder Warburg, in einem Zeitraum von über 300 Jahren ein inter-

nationales Finanzkartell errichtet, das offenbar inzwischen in fast allen Ländern in der Lage ist, die Zentralbanken und die politischen Systeme zu kontrollieren. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Weltbank, IWF und WTO wurden geschaffen, um die Völker, insbesondere die Entwicklungsländer, in permanente Verschuldung und Zinsknechtschaft zu führen. Wir übernehmen einen weiteren Artikel von KlaTV. Es werden gigantische Zusammenhänge aufgezeigt, mit denen man sich kritisch auseinandersetzen muss. (hl)

KlaTV:

Die Rothschild-Verschwörung Teil 2: Versklavung der Menschheit

Das Ziel der internationalen Bankiers war nichts weniger als die Schaffung eines weltweiten Systems der Finanzkontrolle in privater Hand, das in der Lage ist, das politische System jedes Landes und die Wirtschaft der gesamten Welt zu beherrschen. Danach traten US-Wirtschaftskiller in Aktion, erpressten die Regierungen und zwangen sie, die Ressourcen ihres Landes an Konzerne zu verschachern. Wer sich widersetzte, wurde entweder aus dem Amt gepusht oder ermordet.

Gelingt der Plan der Finanzmafia, bedeutet dies womöglich Jahrhunderte Sklaverei, Elend und Tod unter der Herrschaft einer diabolischen Sekte. Können deren Pläne jedoch gestoppt und sie zur Rechenschaft gezogen werden, könnte für die Menschheit ein goldenes Zeitalter des Friedens und des Wohlstandes für alle anbrechen.

Wie in der Sendung «Die Rothschild-Verschwörung Teil 1: Der Krieg gegen die Menschheit» (fassadenkratzer) aufgezeigt, haben die Rothschilds im Verbund mit der Hochgrad-Freimaurerei und mächtigen Banker-Familien, wie z.B. Rockefeller, Morgan oder Warburg, in einem Zeitraum von über 300 Jahren ein internationales Finanzkartell errichtet. Dieses wurde aufgebaut, indem sie Schritt für Schritt in nahezu allen Ländern der Welt privat kontrollierte Zentralbanken installierten.

Auf diese Weise rissen sie das Recht an sich, Geld aus dem Nichts zu erschaffen, um es dann gegen Zins und Zinseszins zu verleihen. Damit erschufen die Bankster sich nicht nur unerschöpfliche Geldquellen, sondern auch ein System, mit dem sie den Reichtum der Völker an sich reißen konnten.

Ganz nach dem Sprichwort «Geld regiert die Welt» erlangten sie auf diese Weise auch die Herrschaft über die jeweiligen Regierungen, die sie seitdem nach ihren Wünschen und Zielen steuern. Diese unglaubliche Macht verwendeten sie dann jedoch nicht zum Wohl für die Völker, sondern für das Gegenteil. Da höhere Schulden immer mehr Zinseinnahmen generierten und die Staatsverschuldungen vor allem durch Kriege exponentiell anstiegen, verfolgten diese Verbrecher ein geradezu teuflisches Geschäftsmodell: Es wurden gezielt Kriege angezettelt, die vor allem gegen all jene Länder geführt wurden, die sich gegen die Errichtung privat kontrollierter Zentralbanken stellten.

Da vor allem die Rothschilds nicht nur das Finanzwesen, sondern sehr bald auch die Rüstungsindustrie dominierten, verdienten sie dabei gleich dreifach: Sie profitierten vom Verkauf der Waffen, von den Krediten für den Waffenkauf und von den Krediten für den Wiederaufbau nach den Kriegen. Gleichzeitig bemächtigten sie sich dadurch der kostbaren Ressourcen des jeweils angegriffenen Landes. Auf diese Weise errichteten sie ihr Finanzimperium auf Strömen von Blut und sind für den Tod von Hunderten von Millionen Menschen verantwortlich.

Mit der Errichtung dieses Finanzimperiums waren die Banker jedoch noch lange nicht zufrieden. Es bildete lediglich die Grundstruktur eines inzwischen äusserst engmaschigen Netzes, das die Finanzmafia um die ganze Welt gelegt hat.

Nachfolgend wird nun aufgezeigt, wie mit der Gründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) dieses Netz zu einer Schatten-Weltherrschaft weiterentwickelt wurde. All diese internationalen Organisationen sind ebenfalls Gründungen der Hochgrad-freimaurerischen Finanzmafia. Hintergründe und Nachweise dafür, wurden von AZK- und Kla.TV-Teams mittels aufwendiger Recherchen zusammengetragen und können auf Vetopedia, der freien Enzyklopädie der Gegenstimmen, auf der eigens dafür programmierten Weltkarte der Freimaurer-Gründungen abgerufen werden. [www.vetopedia.org]

Nachfolgend werden deshalb nur die wichtigsten Freimaurer-Zusammenhänge aufgezeigt. So kann man den Fokus ganz auf die mit diesen Institutionen durch die Hochfinanz verfolgten Ziele und verübten Verbrechen legen.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Nach der weltweiten Installation von Zentralbanken erfolgte 1930 die Gründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) [Bank for International Settlement (BIS)]. Sie ist eines der mächtigsten Finanzinstitute der Welt, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, die Geldpolitik der Zentralbanken zu koordinieren, das globale Finanzsystem für sie zu überwachen und das Bankwesen zu ordnen. Alle nationalen Zentralbanken sind dabei verwaltungsmässig der BIZ unterstellt und damit strikt ihren Vorschriften und Weisungen unterworfen. Jedes Land, dessen Zentralbank sich der BIZ nicht unterordnet, wird in der Regel aus

der WTO [World Trade Organization/Welthandelsorganisation], dem IWF [Internationaler Währungsfonds] und damit aus dem Weltwährungsverbund ausgeschlossen, was verheerende wirtschaftliche Folgen hat. Gleichzeitig schützt die BIZ aber auch alle Staaten, die sich von ihr beherrschen lassen und sich gefügig zeigen. Daran wird deutlich, dass es sich bei der BIZ nicht nur um die Schaltstelle des globalen Bankwesens, sondern um ein internationales Herrschaftsinstrument handelt. Das Besondere an ihr ist, dass sie völlig unabhängig und frei von staatlicher Kontrolle und Einmischung durch die Politik agieren kann. Das Gebäude der BIZ darf von der Polizei nicht betreten werden und auch ihre Einlagen und Guthaben sind dem Zugriff der Behörden entzogen. Ihre Mitarbeiter geniessen Steuerfreiheit und sogar diplomatische Immunität. Der 18-köpfige Verwaltungsrat (Board of Directors) der BIZ besteht aus den Chefs der wichtigsten Zentralbanken der Welt, die alle eines gemeinsam haben: Sie werden von niemandem gewählt und sind niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig.

Die Ziele, die die Hochgrad-freimaurerische Hochfinanz bei der Gründung der BIZ verfolgten, brachte der renommierte US-Historiker Carroll Quigley in seinem Buch «Tragedy and Hope» folgendermassen auf den Punkt. Er schrieb:

«Das Ziel der internationalen Bankiers war nichts weniger als die Schaffung eines weltweiten Systems der Finanzkontrolle in privater Hand, das in der Lage ist, das politische System jedes Landes und die Wirtschaft der gesamten Welt zu beherrschen. [...] Die Spitze des Systems sollte dabei die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sein!»

Bei der Umsetzung dieses Plans war das oberste Ziel dieser Strippenzieher offensichtlich, möglichst ganz aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit zu verschwinden. Während bei der Erschaffung der Fed [US-Zentralbank Federal Reserve] die Bankster-Clans noch relativ direkt agierten, trat bei der Gründung der BIZ lediglich noch J.P. Morgan jr. offen in Aktion. Ansonsten ist für deren Gründung eine Gruppe amerikanischer Bankiers aus zweiter Reihe verantwortlich. Dies waren u.a. Hjalmar Schacht, Owen D. Young, Thomas William Lamont, Seymour Parker Gilbert und Gates McGarrah.

Betrachtet man den Hintergrund dieser Banker, so fällt auf, dass sie allesamt Freimaurer waren und zudem enge Verbindungen zu Morgan, Warburg oder Rockefeller haben. Diese können dadurch als die eigentlichen Strippenzieher bei der Gründung der BIZ entlarvt werden. Offiziell wurde die BIZ als Aktiengesellschaft gegründet, bei der u.a. nahezu sämtliche europäischen Nationalbanken Teilhaber sind. Da die Rothschilds wiederum die nationalen Zentralbanken kontrollieren, liegt laut Stephen Goodson, dem ehemaligen Direktor der südafrikanischen Zentralbank, die Herrschaft über die BIZ ebenfalls ganz in den Händen dieses Clans. Obwohl die nationalen Zentralbanken nach aussen hin inzwischen grösstenteils verstaatlicht wurden, besitzen die Rothschilds und die anderen Bankster entweder die Sperrminorität [Möglichkeit einer Minderheit, bei Abstimmungen einen bestimmten Beschluss zu verhindern] oder sind im jeweiligen nationalen Gesetz so geschützt, dass ihre beherrschende Stellung über die Zentralbank abgesichert ist. Wie bereits bei der Bank of England, der City of London und der US-Zentralbank Fed, missbrauchten die Rothschilds und die anderen Bankster auch diese Schaltstelle für ihre Verbrechen.

Während des 2. Weltkriegs diente die BIZ als Geldwäschestation für das Raubgold der Nazis und deren Beute aus der Judenverfolgung. Zusätzlich dazu finanzierten sie auch die Kriegsvorbereitungen Hitlers. Die Finanzmafia hat somit hinter dem Rücken der Öffentlichkeit mitgeholfen, den Zweiten Weltkrieg zu organisieren, in dem laut offiziellen Angaben 40 bis 84 Millionen Menschen ihr Leben verloren haben. Ausserdem hat sie keine Gelegenheit ausgelassen, sich selbst daran zu bereichern. Durch ihre zentrale Stellung im Finanzsystem ist die BIZ auch zumindest mitverantwortlich für alle Banken- und Währungscrashs seit ihrer Gründung, sowie für die wirtschaftliche Demontage einzelner Länder, wie z.B. Japans 1990 und Argentiniens zwischen 1998 und 2002.

In der Weltfinanzkrise von 2007/2008 und in der darauffolgenden Eurokrise war die BIZ laut dem Finanzexperten Ernst Wolff auch mitverantwortlich dafür, dass die Folgen beider Krisen nicht auf ihre Verursacher, nämlich die Grossbanken und die Hedgefonds, sondern auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wurde.

Die Weltbank und der IWF

Der nächste grosse Schritt zur Errichtung einer weltumspannenden Finanzdiktatur erfolgte dann 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods. Dort wurde der US-Dollar zur globalen Leitwährung erhoben, wodurch die privat kontrollierte Fed zur weltweiten Leit-Zentralbank aufstieg und die Stellung der USA als neue Weltmacht festigte. Gleichzeitig wurden der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank gegründet sowie die Weichen für die Gründung der Welthandelsorganisation WTO gestellt. Sie gehören zu den mächtigsten internationalen Finanzinstituten, denen fast alle Staaten der Welt angehören.

Offizielle Aufgabe der Weltbank ist die Finanzierung langfristiger Entwicklungs- und Aufbauprojekte, während der IWF überschuldete Staaten mit Krediten unterstützt, um so das Finanzsystem zu stabilisieren. Die Grundlage für diese Neuorganisation der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg waren die legendären «War and Peace Studies» des Council on Foreign Relations (CFR). Diese führten neben der Gründung des IWF und der Weltbank auch zur Gründung der NATO und der UNO. Umgesetzt wurden sie unter US-Präsident

Franklin D. Roosevelt insbesondere durch US-Finanzminister Henry Morgenthau jr., seinem Vertrauten Harry Dexter White und dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes.

Da es sich bei all diesen um Hochgrad-Freimaurer handelt und das CFR ebenfalls eine Schaltstelle der Hochgrad-freimaurerischen Hochfinanz ist, wird deutlich, dass mit der Konferenz von Bretton Woods eine Weltwirtschafts- und Währungsordnung im Sinne dieser Strippenzieher errichtet wurde. Dementsprechend verwundert es nicht, dass, laut den Aussagen des ehemaligen Agenten des US-Auslandsgeheimdienstes NSA, John Perkins, diese zwei globalen Finanzinstitutionen einem ganz anderen Zweck dienen. Laut Perkins sind sie Werkzeuge der Hochfinanz zur verdeckten Kriegsführung, um die Länder der Welt mit Hilfe der US-Regierung auszubeuten und zu unterwerfen.

So wurden z.B. nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit Regierungen mittels Überredung und Bestechung dazu gebracht, US-Kredite aufzunehmen, die sie unmöglich zurückzahlen konnten. Danach traten US-Wirtschaftskiller in Aktion, erpressten die Regierungen und zwangen sie, die Ressourcen ihres Landes an Konzerne zu verschachern. Wer sich widersetzte, wurde entweder aus dem Amt geputzt oder ermordet. Diese Schulden wurden dann missbraucht, um die jeweiligen Regierungen zu einer Politik im Sinne des Grosskapitals und gegen das eigene Volk zu zwingen. Sie mussten z.B. ihre Märkte für internationale Konzerne und ausländische Waren öffnen, ihr Staatseigentum und ihre Staatsbetriebe privatisieren, Subventionen streichen und insbesondere im sozialen Bereich harte Einsparmassnahmen durchführen. Die Länder wurden so regelrecht ausverkauft, während gleichzeitig die heimische mittelständige Wirtschaft durch Import-Billigwaren zerstört wurde und die Bevölkerung verarmte.*

Inzwischen befindet sich dadurch ein Grossteil der globalen Infrastruktur unter Kontrolle von Grossinvestoren, während nationale Finanzinstitute von internationalen Grossbanken übernommen wurden. Da auf diese Weise auch die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Länder gebrochen wurde, erreichten die Banker, dass sie dauerhaft in der Schuldknechtschaft der Hochfinanz gefangen bleiben.

Nach aussen hin wird der IWF von den USA dominiert, da sie über den grössten Stimmanteil verfügen und dadurch ohne ihre Zustimmung keine Entscheidung getroffen werden kann. Wie bereits in der Sendung «Die Rothschild-Verschwörung Teil I» ausgeführt, wird die US-Politik jedoch spätestens seit Gründung der US-Zentralbank Fed von mächtigen Hochgrad-freimaurerischen Banker-Familien bestimmt. Hier sind an allererster Stelle die Rothschilds, aber auch z.B. die Morgans, Warburgs oder Rockefellers zu nennen. Möglich wurde dies durch deren Kontrolle über das US-Finanzsystem mittels der Fed und der Gründung mächtiger Denkfabriken, wie z.B. das CFR oder die Trilaterale Kommission, durch die die US-Regierung vollständig unterwandert wurde.

Daher verwundert es nicht, dass sich der IWF, laut dem Autor des Buches «The great Awakening», Peter W. Meyer, ganz unter der Kontrolle der Rothschilds befindet, während die Weltbank von den Rothschilds, im Verbund mit den Top-Bankiersfamilien der Welt, beherrscht werden soll.

Die Welthandelsorganisation (WTO)

Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO) ist die Weiterentwicklung des «Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens» GATT, das ebenfalls in Folge der Konferenz von Bretton Woods abgeschlossen wurde. Sie bildet neben der Weltbank und dem IWF die dritte Säule des Bretton-Woods-Systems und arbeitet eng mit diesen zusammen. Sie stellt die Grundlage der internationalen Welthandelsordnung und auch des internationalen Wirtschaftsrechts dar und hat dadurch eine enorme Macht. Ihr offizielles Ziel ist es, den internationalen Handel zu fördern und Handelsprobleme zu schlichten. Davon profitieren jedoch hauptsächlich die von der Hochfinanz beherrschten multinationalen Konzerne, da die WTO-Regeln darauf ausgelegt sind, immer mehr Macht und Reichtum bei einigen wenigen zu konzentrieren.

So wurden z.B. alle WTO-Mitgliedsstaaten gezwungen, alles, sogar Pflanzen, Tiere und Menschen patentierbar zu machen und ihre Märkte zu liberalisieren. Entwicklungsländer werden dadurch mit hoch subventionierten Lebensmitteln überschwemmt, was z.B. die Existenz der Kleinbauern zerstört und ebenfalls zur Verarmung führt. Vordergründig werden die Vereinbarungen in der WTO einstimmig gefasst. In der Praxis werden die Beschlüsse jedoch von den vier mächtigsten Mitgliedern USA, EU, Japan und Kanada dominiert. Dadurch entpuppt sich die WTO, genauso wie der IWF und die Weltbank, als eine Einrichtung zur Ausbeutung und Unterjochung der jeweiligen Länder.

Es überrascht daher nicht, dass für deren Gründung ebenfalls ein äusserst einflussreicher Hochgrad-Freimaurer verantwortlich war: Peter Sutherland. Er war Mitglied in sechs mächtigen Ur-Logen, Mitglied im Komitee der 300, sass im Lenkungsausschuss der Bilderberger, war Ehrenvorsitzender der Trilateralen Kommission und auch der erste Generaldirektor der WTO.

Fazit

Betrachtet man die Hintergründe und Strippenzieher bei der Entstehung der BIZ, des IWF, der Weltbank und der WTO, so wird deutlich, dass die Hochgrad-Freimaurer mit den Rothschilds an ihrer Spitze unnachgiebig und Schritt für Schritt eine Schatten-Weltherrschaft errichtet haben.

Das Recht, mittels privat kontrollierter Zentralbanken Geld aus dem Nichts erschaffen zu können, um es dann gegen Zinsen zu verleihen, war und ist der Schlüssel für ihren Erfolg und die Basis ihrer Macht. Durch ihre Kontrolle über das Geld lösten sie beliebig Finanzkrisen aus und rissen so immer mehr Macht und Reichtum an sich. Einem weltumspannenden Kraken gleich konnten sie so mit ihren Tentakeln z.B. die weltweite Wirtschaft und auch alle Regierungen umschlingen, unterwandern und unter ihre Kontrolle bringen.

Mit Errichtung der BIZ, des IWF, der Weltbank und der WTO ist es dieser Sekte dann gelungen, ein internationales Finanz-Herrschaftssystem aufzurichten. Mittels diesem wurden die Länder der Welt systematisch unterworfen, geplündert und in eine totale Abhängigkeit geführt. Im Verbund mit dem weltweiten Zinsausbeutungssystem der Zentralbanken hat dies dazu geführt, dass die Völker der Welt inzwischen in einem Meer von Schulden versinken, die unmöglich zurückgezahlt werden können.

Laut einer Studie des Institute of International Finance (IIF) hat die globale Verschuldung im September 2025 inzwischen den Rekordwert von 337,7 Billionen US-Dollar erreicht. Allein durch die Verschuldung der USA in Höhe von über 38 Billionen Dollar müssen pro Jahr über eine Billion Dollar an Zinsen gezahlt werden. Dies bedeutet, dass die Völker Jahr für Jahr unvorstellbar hohe Summen allein für Zinsen bezahlen müssen. Zinsen für Geld, das aus dem Nichts geschaffen wurde. Die Armen werden dadurch immer ärmer, während das Vermögen der Superreichen sich bei immer weniger Menschen konzentriert. So besitzen inzwischen die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung rund 85 Prozent des gesamten Nettofinanzvermögens.

Allein das extrem verschleierte Gesamtvermögen der Rothschilds wird von Experten auf zwei bis zu mehreren Hundert Billionen Dollar geschätzt. Beängstigend ist auch der Vermögenszuwachs der Superreichen. Laut der Entwicklungsorganisation Oxfam ist es 2024 dreimal so schnell gewachsen wie 2023. Das Vermögen beispielsweise von Elon Musk hat sich in diesem Zeitraum sogar nahezu verdoppelt und hat inzwischen einen Betrag von knapp 500 Milliarden US-Dollar erreicht.

Hält diese Entwicklung an, bedeutet dies, dass in naher Zukunft alle nichts und ein paar Wenige alles besitzen werden.

Diese äusserst bedrohliche Entwicklung wurde bereits im Jahr 2016 durch das vom Hochgrad-Freimaurer Klaus Schwab gegründete World Economic Forum (WEF) als neue Zukunftsvision für die gesamte Menschheit propagiert. In einem im Magazin «Forbes» veröffentlichten Artikel des WEF war damals zu lesen:

«Willkommen im Jahr 2030. Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre und das Leben war nie besser.»

Diese schönen Worte bedeuten im Klartext jedoch nichts anderes als die totale Versklavung der Menschheit. Der Hintergrund für diesen teuflischen Plan ist, dass diese Verbrecher nur auf diesem Weg ihre Macht und ihren Reichtum erhalten können.

Der Zusammenhang dazu ist folgender: Aufgrund der extremen globalen Überschuldung steht ihr sorgfältig errichtetes Finanzausbeutungs-System vor dem Kollaps, und damit ist auch ihr gesamtes Herrschaftssystem in Gefahr. Gleichzeitig werden sie und ihre Untaten durch das Aufblühen der alternativen Medien immer mehr ans Licht der Öffentlichkeit gezogen. Dadurch werden die neuen Medien und auch jeder erweckte Mensch für diese kleine Gruppe zu einer existenziellen Gefahr, denn schon vor rund 100 Jahren sagte z.B. der Automobil-Tycoon Henry Ford folgendes:

«Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution vor morgen früh.»

Deshalb geht es für diese Sekte jetzt um alles oder nichts. Nur durch eine von ihnen gestaltete neue totalitäre Welt- und Wirtschaftsordnung können sie ihre Macht erhalten. Dies bedeutet jedoch nichts anderes, als vollumfängliche Kontrolle bzw. die Versklavung der gesamten Menschheit. Nur so können sie alle ihnen gefährlich werdende Stimmen und Entwicklungen wirkungsvoll im Keim ersticken.

Wie Kla.TV bereits vielfach aufgezeigt hat, steckt genau dieses Ziel hinter der Entwicklung der KI [www.kla.tv/KI/37796], der Zwangsdigitalisierung [www.kla.tv/36929, <http://www.kla.tv/39345%5D>], der Totalüberwachung [www.kla.tv/20291], der digitalen Zentralbankwährungen [www.kla.tv/29968] und sogar dem Transhumanismus [www.kla.tv/29370].

Deshalb geht es jetzt auch für die gesamte Menschheit um alles oder nichts. Gelingt der Plan der Finanzmafia, bedeutet dies womöglich Jahrhunderte Sklaverei, Elend und Tod unter der Herrschaft einer diabolischen Sekte. Können deren Pläne jedoch gestoppt und sie zur Rechenschaft gezogen werden, könnte für die Menschheit ein goldenes Zeitalter des Friedens und des Wohlstandes für alle anbrechen. Deshalb ist es so wichtig, dass möglichst alle Menschen von diesen Zusammenhängen und Entwicklungen erfahren.

Teilen Sie deshalb diese Sendereihe auf allen Kanälen und treten Sie den gerade angesprochenen Entwicklungen entschieden entgegen. In seiner Einführungsrede zur 22. AZK hat Kla.TV-Gründer Ivo Sasek auch einen gewaltigen Schlüssel zur Überwindung dieser globalen Sekte an die Hand gegeben. Jeder, der diesen Schlüssel gerade jetzt noch kennenlernen und zum Wohle der gesamten Menschheit einsetzen möchte, kann unmittelbar nach dieser Sendung einen Ausschnitt aus dem Vortrag von Ivo Sasek sehen. Die ganze Sendung finden Sie unter folgendem Link: [www.kla.tv/39402] [Ausschnitt aus «Geheimlehre der Hochgrad-Freimaurer: Satan ist Gott» von Ivo Sasek“]

Darum braucht es ganz dringend ein weltweites Erwachen der Völker. Wir brauchen eine totale Transparenz in diesen Dingen und eine ebenso totale Abwendung von deren Kriegstreibereien zuerst einmal und Betrugssystemen. Versteht ihr? Und was es jetzt braucht, ist eine Vereinigung der betrogenen Völker zum aktiven synergetischen Widerstand. Und zu diesem kann es nur kommen, wenn auch wirklich alle Menschen aus allen Nationen, aus allen Religionen, Philosophien und Sparten der Politik, aber auch der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kultur usw., wenn wir alle aktiv werden.

Aber die hier abgehandelte Satanssekte hat leider schon über Jahrhunderte hinweg wirklich ganze Arbeit geleistet. Denn sie haben alle eben genannten Interessengruppen gezielt nicht nur gegeneinander gespalten, sondern via Medien und Lustangebote, ihre Lustangebote, zur totalen Trägheit und Gleichgültigkeit hin manipuliert, ja, entartet. Nur in einer Hinsicht haben es diese Geheimbündler geschafft, eine weltumspannende Einheit der Völker zu erzeugen. Ich rede jetzt nicht gerade vom Fussball. Da sind noch lange nicht alle einig.

Die wirkliche Einheit, die alle umfängt, ist die Meinung, dass man da selber nichts tun kann. Dass er, irgendein Erlöser von aussen kommen muss, um diesem heillosen Durcheinander hier unten ein Ende zu setzen. Diese einheitliche Sicht herrscht leider in sämtlichen Religionen. Wirklich in allen, auch in allen Philosophien. Aber auch ganz grundsätzlich in jedem durchschnittlichen Erdenbürger. Ich behaupte, es gibt keine grössere Einheit unter diesem Himmel, als in genau dieser Meinung, von der ich hier rede. «Man kann hier nichts tun.» Doch diese passive Erwartung, wurde leider ganz gezielt gestreut von diesen Leuten, strategisch geweckt. Wann immer du darum jemand ansprichst und mit den realen Weltproblemen konfrontierst, wirst du die Standardantwort bekommen: «Ja, das ist ja wirklich schrecklich, aber da kann ich eh nichts tun.»

Und so warten eben die einen auf ihren Erlöser vom Himmel, die anderen auf die Amis, so wie eingetrichtert. Wieder andere auf die Israelis, wieder andere auf die zwei Zeugen der Offenbarung, und so weiter. Aber ich sage, genau andersrum muss es laufen, ihr Lieben. Ich sage, du und ich, jeder einzelne Erdenbürger ist jetzt gefragt. Wir alle vereint, so wie wir eins wahrnehmen mit «da können wir nichts tun», machen wir uns eins in «doch, da kann man was tun». Und sonst geht gar nichts.

Ich sage darum: Kommt und steht jetzt auf. Ihr Erdenbürger, erhebt eure Stimme, ihr Menschen, alle. Wir brauchen euch Moslems, wir brauchen euch Hindus. Es braucht euch Moslems, es braucht euch Hindus. Es braucht euch Buddhisten und wir brauchen euch Scientologen, euch Mormonen, Christen, Zeugen Jehovas und Freikirchen. Hier braucht es auch alle Esoteriker, alle Humanisten, alle Linken braucht es und alle Rechten, auch die in der Mitte, politisch.

Ich sage allen Ernstes, mit ganzem Nachdruck: Erhebt euch mit uns zusammen, auch ihr Wissenschaftler und Techniker, ihr Umweltaktivisten und Juristen, ihr unbefangenen Richter, Staatsanwälte und erwachten Journalisten. Es braucht euch. Es braucht euch Kulturschaffenden, genauso wie euch Mediziner, Lehrer oder Erzieher. Ja, einfach alle. Es braucht alle.»

(...)

Quelle: <https://www.kla.tv/41004&autoplay=true>

Literatur und Links dort.

Anmerkung (hl)

*Näher: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Ausbeutung der Entwicklungsländer

Die Raubzüge des IWF in Europa

Die Ausbeutungs-Methoden des IWF

Der Welthunger – Produkt kapitalistischer Ausbeutung

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2026/07/16/die-zunehmende-versklavung-der-menschheit-durch-das-finanzzkartell/>



Russlands Aussenministeriumssprecherin Maria Sacharowa,
Quelle: Sputnik © Russisches Aussenministerium

Bedrohungen für die moderne Welt

Uncut-news, RT/DE, 18. Juli 2026

Das US-Softwareunternehmen Palantir sei ein Rüstungsriese, der von offenen Faschisten geführt werde, erklärt Maria Sacharowa. Das Beängstigende sei, dass die westliche Gemeinschaft gegenüber dem «neonazistischen Narrativ» von CEO Alex Karp hundertprozentige Toleranz zeige.

Russlands Aussenministeriumssprecherin Maria Sacharowa hat in einem auf Telegram veröffentlichten Post die Thesen scharf kritisiert, die der Chef des US-Datenanalyseunternehmens Palantir Alex Karp in seinem Buch «Die Technologische Republik» (The Technological Republic) propagiert. Die Zusammenfassung des Buchs mit 22 Thesen, ein «Palantir-Manifest», wurde auf dem offiziellen X-Account des Unternehmens veröffentlicht.

«Wir werden nicht müde, es zu wiederholen: Palantir ist eine der grössten Bedrohungen für die moderne Welt», schreibt Sacharowa in ihrem Beitrag. Der Konzern stehe in direktem Zusammenhang mit zahlreichen Kriegen im Ausland, und die Technologien, die er den Armeen westlicher Länder liefere, würden unter anderem in der Krise um die Ukraine eingesetzt. «Denn Palantir verdient sein Geld hauptsächlich mit Tötungen während bewaffneter Konflikte», betont die Sprecherin.

Es seien jedoch nicht nur die von Palantir angebotenen Technologien gefährlich für die Welt, sondern auch die Ideologie, die deren Führungskräfte propagierten, fügt Sacharowa hinzu.

Und weiter:

«Ein gigantischer Militärkonzern mit Verträgen und Verbindungen zu den Verteidigungs- und Gesundheitsministerien westlicher Länder, geführt von offenen Faschisten, die sich selbst als die neuen Messiasse des Antichristentums betrachten.»

Karp forderte in seinem «Manifest», dass die militärische «Kastration» und Entmilitarisierung Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg rückgängig gemacht werden müsse. Für diese «Überkorrektur» zahle Europa heute einen hohen Preis. Einige Kulturen hätten zentrale Fortschritte ermöglicht – andere hätten sich dagegen als «dysfunktional», «rückschrittlich» und «schädlich» erwiesen, erklärte der Palantir-CEO weiter. Der Westen solle daher der «oberflächlichen Versuchung eines leeren und hohlen Pluralismus widerstehen».

Sacharowa spricht in ihrem Post von einer «raschen Remilitarisierung des Faschismus», was «eine natürliche Folge der rassistischen, kolonialen Logik des Westens ist, in der es überlegene Nationen und minderwertige Kulturen gibt, die vernichtet werden sollten».

Was aber noch viel beängstigender sei, sei die hundertprozentige Toleranz der westlichen Gemeinschaft und der Nachkommen von Opfern des Holocaust gegenüber dem «neonazistischen Narrativ» des Palantir-CEO.

Es gebe keine Verurteilung, keine einzige offizielle Stimme habe an das historische Gedächtnis appelliert, und niemand habe Sanktionen erleben müssen, moniert die russische Aussenministeriumssprecherin.

Quelle: <https://uncutnews.ch/sacharowa-palantir-eine-der-groessten>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

19.7.2026



Friedrich Merz (links) und Jens Spahn im Februar dieses Jahres.
Die Leihmutter war zu diesem Zeitpunkt bereits schwanger. © «ZDF» Spezial

Kommentar



Martina Frei © zvg

«Glaubwürdigkeit ist in der Politik das höchste Gut» Mit diesen Worten nahm der deutsche Bundeskanzler den Rücktritt von Jens Spahn entgegen. Merz selbst hat sie längst verspielt.

Martina Frei

«Glaubwürdigkeit ist in der Politik das höchste Gut», tweetete der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz gestern anlässlich des Rücktritts von Jens Spahn. Gern hätte man Merz dabei vor laufender Kamera gesehen. Um sich zu vergewissern, ob der deutsche Bundeskanzler rot wurde.

Denn Spahn, der gegen Geld ein Kind von einer Leihmutter austragen liess, obwohl er sich als Politiker gegen die Leihmutterchaft ausgesprochen hatte, ist bloss das jüngste Beispiel von Unglaubwürdigkeit in der deutschen Bundespolitik.

Merz ist erst für die Schuldenbremse – und hebt sie dann aus

Wäre es um das angeblich «höchste Gut» Glaubwürdigkeit gegangen, hätten die Bundestagsabgeordneten Friedrich Merz im Mai 2025 nicht zum Kanzler wählen dürfen. Denn Merz ging selbst mit schlechtem Beispiel voran.

Im Wahlkampf hatte er noch verkündet, es werde keine Aufweichung der Schuldenbremse geben: «Damit können Sie nicht rechnen». Denn die Schuldenbremse schütze das Geld und die Steuerzahlungen der jüngeren Generation. «Sollen wir deren Geld heute schon ausgeben, weil wir mit dem, was wir haben, nicht auskommen?», hatte Merz in der Talksendung «Maischberger» rhetorisch gefragt. Das war vor der Bundestagswahl.

Kaum gewählt – aber noch nicht einmal offiziell als Kanzler im Amt – machte er kehrt. Mit einem «demokratiepolitisch fragwürdigen Manöver» bekam er eine rekordhohe Neuverschuldung im Parlament durch.

Allein für die Jahre von 2027 bis 2030 plant die deutsche Regierung nun Neuschulden von 838 Milliarden Euro. «Bereits 2030 wird deshalb eine Zinslast von 81 Milliarden Euro erwartet – fast das Vierfache des derzeitigen Gesundheitshaushalts», informierte «German Foreign Policy» kürzlich.

Baerbock verpulvert Geld und Sprit

Die Grünen-Politikerin Annalena Baerbock nahm 2024 mal eben für eine Strecke von weniger als 200 Kilometer den Flieger, verschmutzte so die Umwelt mit Tausenden Litern von Kerosin und missachtete noch dazu das Nachtflugverbot, für das sich ihre eigene Partei zum Schutz der schlafenden Anwohner am Flughafen stark gemacht hatte.

Scholz bleibt trotz bedenklicher Gedächtnislücken Kanzler

Beim Cum Ex-Skandal wurden die deutschen Steuerzahlerinnen und -zahler um rund 30 Milliarden Euro betrogen. Noch immer ist offen, ob der damalige SPD-Bürgermeister von Hamburg Olaf Scholz «seine schützende Hand» über eine Bank hielt und mit dafür sorgte, dass die Hamburger Steuerbehörde zurückgepfiffen wurde. Zum Skandal befragt, erinnerte sich Scholz jedoch an wichtige Details nicht mehr. Trotz solch besorgniserregender Gedächtnisschwäche konnte er aber deutscher Bundeskanzler bleiben.

Corona-Pandemie: Widersprüche zuhauf

Während der Corona-Zeit untergruben Politiker aller Couleur ihre Glaubwürdigkeit weiter. Vor der damaligen Bundestagswahl schlossen praktisch alle ranghohen Postenanwärter eine mögliche Impfpflicht noch kategorisch aus. Kaum war die Wahl vorüber, änderten sie ihre Meinung – ohne dass sich die Faktenlage geändert hatte.

Für verschiedene Pressefotos setzten alle brav ihre Gesichtsmasken auf – um sie sofort danach wieder abzunehmen und sich munter miteinander zu unterhalten. Den Vogel schoss der damalige SPD-Gesundheitsminister Lauterbach ab, als er wider besseres Wissen von der angeblich «nebenwirkungsfreien» Covid-Impfung faselte.

«Unsere Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt»

Neu sind solche Glaubwürdigkeitsprobleme in der deutschen Politik auch nicht. Man erinnere sich an den ehemaligen SPD-Verteidigungsminister Peter Struck, der 2002 suggerierte, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt. «Unsere Sicherheit wird grösser», versprach er, wenn die Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt werde.

Tatsächlich wurde dieser fast 20 Jahre dauernde Einsatz der «verlustreichste und teuerste Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr», wie die Bundeszentrale für politische Bildung bilanzierte. Allein die «einsatz-

bedingten Zusatzkosten» beliefen sich auf mehr als 12 Milliarden Euro. Der überhastete Abzug 2021 überliess zudem Tausende von Afghanischen Helferinnen und Helfern sich selbst. Viele davon fürchteten unter den Taliban um ihr Leben.

Joschka Fischers Kehrtwende

Joschka Fischer, Mitglied der einst «strikt pazifistischen» Grünen, verantwortete als grüner Aussenminister den Einsatz der Bundeswehr im völkerrechtswidrigen Krieg der Nato gegen Serbien mit. Die Nato-Staaten verstiessen 1988 gegen das Völkerrecht, als sie Serbien ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrats bombardierten. Über 12'000 Menschen starben.

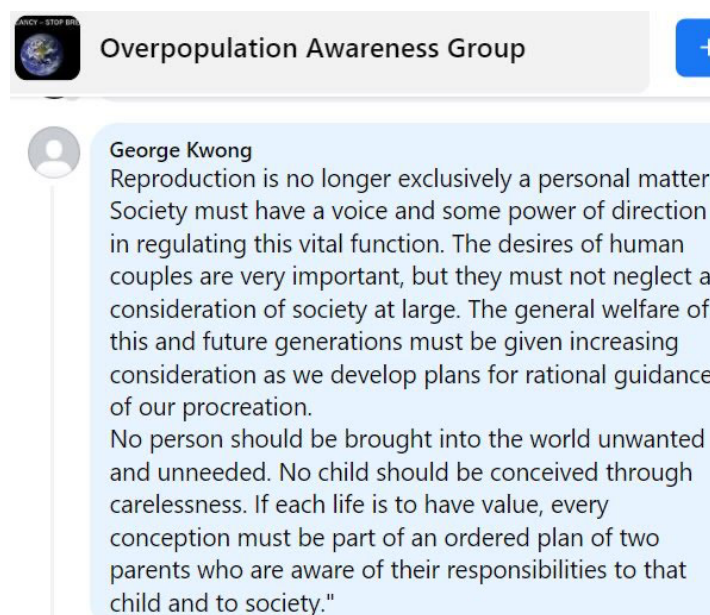
Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl, Aushängeschild der Christlich Demokratischen Union, foutierte sich um das Gebot «Du sollst nicht ehebrechen» – und die CDU sah zu.

Diese Liste liesse sich leicht verlängern. Was die Glaubwürdigkeit betrifft, liegt in der deutschen Bundespolitik vieles im Argen. Nicht erst seit Jens Spahn haben viele PolitikerInnen sie verspielt.

Glaubwürdigkeit – das höchste Gut in der Politik? Leider völlig unglaubwürdig.



Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



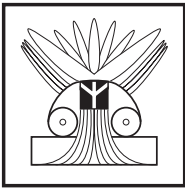
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

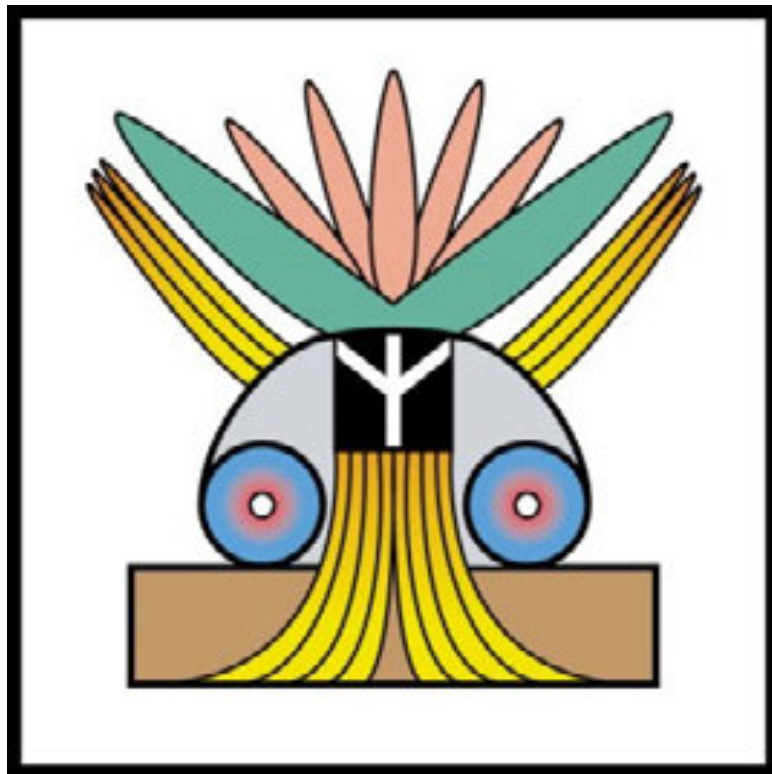
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

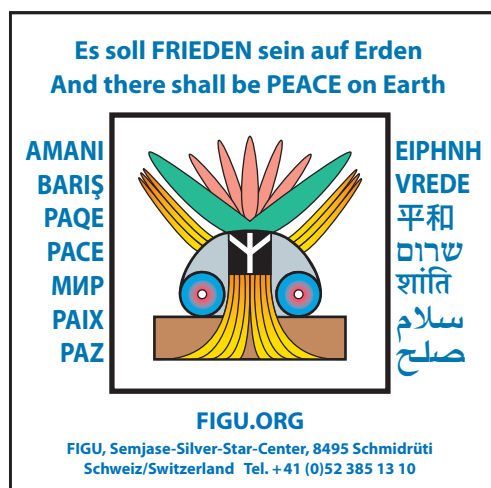
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

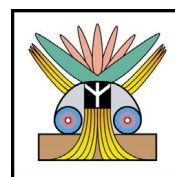
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz